

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
= Berlin D17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Überzeugung

Bist du ein Mann, so sei auch Mann,  
in Glauben und Gesinnung wahr!  
Und dein Bekenntnis, sprich es aus,  
nicht scheuend drohende Gefahr!  
Mag in die Brüche geh'n das Leben,  
was gilt's, bleibt nur die Ehre heil —  
Es sei weit eher dir das Leben,  
als deine Überzeugung feil!

## Ermüdung und Berufskrankheiten

Neulich las ich, daß der ein höheres Gehalt verdiene, der länger als ein anderer arbeite. Ungefähr so: Wenn ein Angestellter oder Arbeiter bei einstündiger Arbeitszeit 1 M verdient, so verdient er bei achttündiger Arbeitszeit 8 M, bei zehnstündiger Arbeitszeit aber 10 M. Man rechnet so, und man bezahlt nach diesem Rechenexempel. Richtig ist aber eine derartige Bewertung nicht. Keine Annahme nämlich, daß jemand um so mehr verdiene, je länger er arbeite, ruht auf der Voraussetzung, daß die Arbeitsleistung jeder Stunde gleich sei. Wer darüber schon Betrachtungen angestellt hat, wird gefunden haben, daß die einzelnen Arbeitsstunden einer Arbeitsschicht durchaus nicht dieselben Arbeitsleistungen bringen, also nicht gleichwertig sind. Die Erklärung hierfür ist sehr einfach: Nach einer gewissen Zeit ermüdet der arbeitende Mensch (der Kopf- und Handarbeiter); seine Leistung läßt nach, etwa so, daß in der vierten Stunde eine geringere Leistung zu verzeichnen ist als in der dritten, in der fünften eine geringere als in der vierten usw. Durch genaue und sorgfältige Untersuchungen hat man denn auch festgestellt, daß bei relativ verkürzten Arbeitszeiten keine Minderung der Arbeitsleistung eintrat, ja zum Teil noch eine Ersparnis für den Unternehmer zu verzeichnen war.

Weniger bekannt sind die neueren Forschungen über Arbeitsleistung und Ermüdung. Die Physiologen und Psychiater widersprechen zwar einander, aber das darf uns nicht veranlassen, ihre Untersuchungen zu ignorieren. In erster Stelle muß der Münchener Psychiater Kraepelin genannt werden, der sich seit länger als 10 Jahren mit der Frage der Ermüdung beschäftigt hat. Kraepelin und seine Schüler erdachten äußerst sinnreiche Methoden und machten viele Experimente, um die Ursachen der Arbeitsleistung und der Ermüdung zu ergründen. Ihre Ergebnisse besitzen noch keine volle Beweisraft, und manche davon sind nur für den Fachgelehrten von Bedeutung; andere jedoch sind von allgemeinerem Interesse.

Wenn man die Leistungen eines arbeitenden Menschen kurvenartig darstellt, so sieht man, daß sie einen sehr unregelmäßigen, schwer zu erklärenden Verlauf nehmen. Ermüdung und Erholung bestimmen den Verlauf. Nach den neuesten Forschungen ist jede Ermüdung eine Vergiftung, und je nach dem Grade der Ermüdung und der Veranlagung des einzelnen kann sie Erscheinungen hervorrufen,

Nach der Ansicht des italienischen Physiologen Mosso ist die Ermüdung ein chemischer Vorgang. Als Produkt dieses Vorganges entsteht eine schädliche Substanz, die die Muskelkontraktion (Zusammenziehung) verhindert. Durch Versuche konnte er das Vorhandensein eines solchen Stoffes nachweisen, indem nach einer Durchspülung des Muskels mit einer physiologischen Kochsalzlösung die Ermüdung beseitigt, und seine Kontraktion wiederhergestellt werden konnte. Die Beobachtungen von Helmholz, daß der arbeitende Muskel eine größere Menge in Alkohol löslicher Stoffe enthält; und von du Bois-Reymond über den Umschlag der schwach alkalischen (augensalzarartigen) Reaktion des ruhenden Muskels in eine saure während der Arbeit, führten den Forscher zu der Ansicht, „daß im arbeitenden Muskel Auswurfstoffe erzeugt werden, die giftig sind“. Diese Zerfallstoffe, die sich im Blute anhäufen, sind die Ursachen der Ermüdung; sie rufen sogar Krankheiten hervor, wenn ihre Menge die physiologische Grenze überschreitet. Aus seinen Versuchen ergab sich noch die Tatsache, daß es unter physiologischen Bedingungen nur eine Ermüdung gibt: die nervöse. Auch die Muskelermüdung ist im letzten Grunde eine Ermüdung und Erschöpfung des Nervensystems.

In den Muskeln ermüdeten Tiere fand der Erlanger Professor Dr. W. Weichardt das Ermüdungsgift (Kenotoxin). Nach den Erfahrungen der Immunitätslehre (Immunität: Unanfällbarkeit) regen aber die sich im Körper bildenden Giftstoffe auch zur Bildung von Antikörpern an, die die Giftkörper entgiften. Wie man Pockenkranken mit Pockengift impft, so werde auch ein Teil des sich bildenden Ermüdungsgiftes durch die Antikörper wieder unwirksam gemacht. Der Vorgang würde sich demnach so vollziehen: Bei der Arbeit entstehen im Körper Giftstoffe (Kenotoxinförperchen), der Arbeiter „ermüdet“, die Arbeitsleistung nimmt ab; die entstehenden Antikörper entgiften einen Teil der Giftkörper, es tritt während der Arbeit eine „Erholung“ ein, die Arbeitsleistung nimmt wieder zu; mit der zunehmenden Bildung von Kenotoxinförpern füllt sich aber der Körper immer mehr mit Ermüdungsgift an; die Vergiftung nimmt zu, der Arbeiter wird matt, müde, schließlich arbeitsunfähig, und kann durch übermäßige Arbeit schwer erkranken.

Das wäre die Erklärung für die unregelmäßige Kurve der Arbeitsleistung. Als Kurzanwendung ergibt sich: Durch mehrere kurze Pausen kann jedesmal ein Teil des Ermüdungsgiftes aus dem Körper ausgeschieden, und damit nicht nur die Leistungsfähigkeit erhöht, sondern auch der Arbeiter frischer, gesünder erhalten werden. Lang anhaltende, durch keine Pausen unterbrochene Arbeit vermindert also die Leistung und schädigt den Körper. Zur völligen Beseitigung aller sich durch die Arbeit bildenden Giftstoffe ist aber eine längere Unterbrechung der Arbeit nötig. Aus diesen Gründen ist der Arbeiter bei kurzer Arbeitszeit und einer langen Erholung leistungsfähiger als bei einer langen Arbeitszeit.

Man wird den eben gemachten Ausführungen rückhaltslos beipflichten können. Dagegen ist es sehr unwahrscheinlich, daß (wie einige Forscher annehmen) durch eine zweckmäßige Einteilung der Arbeit die Ermüdungsgifte stets wieder ausgeschieden werden können, so daß der Arbeiter seine Arbeit ebenso frisch verlassen könne, wie er sie begonnen habe. Immerhin können hierin Fortschritte erzielt werden.

Ein antikenotoginhaltiges Präparat, das Professor Weichardt hergestellt hat, um gegen die Ermüdung anzukämpfen, soll Erfolge gebracht haben. Man hat in Schulen Luft mit zerstäubtem Antikenotogin gestäubt; die Wirkung davon soll gewesen sein, daß die Ermüdung verhindert und eine höhere Leistungsfähigkeit erzielt wurde. Nach Weichardt würde der Mensch den Ermüdungstoff ausatmen; und wo viele Menschen in einem Saal gemeinsam arbeiten würden, würde er wieder eingeatmet werden, und so ansteckend wirken. Wenn dies zuträfe, dann käme der guten Ventilation der Arbeitsräume erhöhte Bedeutung zu: durch Reinigung der Luft könnte der Ermüdung entgegengewirkt werden.

Jeder von uns weiß aber auch, daß man auch ermüden kann, ohne zu arbeiten. Professor Dr. H. Reichenbach ist im Gegensatz zu Weichardt der Meinung, daß sich die sämtlichen Erscheinungen in überfüllten Räumen, die man bisher der verdorbenen Luft zugeschrieben habe, durch die erschwerte Wärmeabgabe und die dadurch bedingte Wärmestauung erklären ließen. Versuche von Reichenbach zeigten, daß nicht die geringsten Symptome auftraten, solange Temperatur und Feuchtigkeit niedrig gehalten würden; solange also die Entwärmung des Körpers ungehindert vorstatten gehen konnte. Als aber die Temperatur über 21 Grad und die Feuchtigkeit über 60 Prozent gesteigert wurden, traten je nach dem Grade der Steigerung die Symptome auf, die den bekannten Erscheinungen in überfüllten Räumen gleichen. Die Ansicht von Weichardt, daß das „Ermüdungsgift“ die Vergiftungsercheinungen bewirke, sei unhaltbar, weil das in die Luft übergehende Ermüdungsgift so gering sei, daß es keine schädliche Wirkung auf den Menschen ausüben könne. Danach wäre die Zufuhr frischer Luft nicht mehr Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck, um die Temperatur in normalen Grenzen zu halten. Eine bestimmte und gleichmäßige Temperatur wäre nach dieser Lehre ein unbedingtes Erfordernis.

In diesem Zusammenhang soll nur noch ange deutet werden, daß die Wärme- und Feuchtigkeitstheorie eine große Rolle in der „Naturwissenschaft“ der Arbeit spielt. Der heiße Sommer im Jahre 1911 hat wieder zur Genüge gezeigt, wie durch die große Wärme die Arbeitslust beeinträchtigt wird. Man will auch beobachtet haben, daß die Arbeitsleistung abhängig sei von dem Stockwerke, in dem gearbeitet wird. Die Arbeitsleistung der oberen Stockwerke soll verschieden von der im Saale gleicher Erde sein.

Interessant sind auch einige Ausführungen des Marburger Professors Schenk zu unserem Thema, die er in seiner Rektoratsrede 1911 gemacht hat. Er wies darauf hin, daß Ermüdungen auch in den Organen eintreten, die gar nicht angestrengt wurden. Die nach der Ermüdung folgende Ruhe, die die Giftstoffe (Ermüdungsgifte) ausscheiden soll, vollzieht sich sehr langsam. Haben sich solche Stoffe reichlich im Blute angesammelt, dann werden sie durch den Blutkreislauf auch in die Organe eingeführt, in denen sie gar nicht entstanden sind. „So können z. B. nach anstrengender Muskelarbeit Teile des Nervensystems in Mitleidenschaft gezogen werden, die selbst gar nicht tätig waren.“

Leute, die vorwiegend Kopfarbeit leisten, glauben vielfach, es sei der Gesundheit dienlich, wenn sie nach geistigen Anstrengungen durch Sport und Leibesübungen die nicht benutzten (und ausgeruhten Or-

ruhe, wie sie glauben) ordentlich anstrengen. Diese Ansicht ist aber grundfalsch. „Denn bei ermüdender Muskelübung können Ermüdungstoffe durch Vermittlung des Blutkreislaufs auch auf ruhende Nervenzellen ermüdend wirken.“ Auf anstrengende geistige Arbeit sollte zuerst Ruhe folgen und dann Leibesübungen; und umgekehrt: zwischen sportlichen Übungen und darauffolgender geistiger Arbeit immer einige Stunden vollständiger Ruhe.

Nützlich bei der anstrengenden Muskelaktivität ist das starke Atmen; es ist zweckmäßig, weil es vermehrte Sauerstoffzufuhr bewirkt. Aber Atemnot ist schädlich, weil es dann zu starker Ansammlung von Ermüdungstoffen kommt.

Man darf aber ja nicht glauben, daß lange und vollständige Ruhe immer gut sei. „Zu lange Ruhe wirkt nicht kräftigend, sondern im Gegenteil schwächend.“ Ungeübte Muskeln nehmen ab; werden sie wieder zweckmäßig geübt, so werden sie wieder wider, kräftiger, erregbarer und leistungsfähiger. Der geübte Muskel ist bei gleicher Leistung geringer im Stoffverbrauch; arbeitet also sparsamer als der ungeübte.

Unsere Erörterungen lassen den Schluß zu, daß die Naturwissenschaft der Arbeit auf dem Wege der Erkenntnis weiterschreiten wird. Die Hand- und Kopfarbeiter tun gut daran, diesem Forschungsgebiet ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere werden neue Erkenntnisse von unseren Sozialpolitikern beachtet werden müssen.

Auch die Berufskrankheiten sind noch nicht genügend erforscht; besonders vernachlässigt sind die Berufskrankheiten der geistigen Arbeiter. Daß diese für den einzelnen wie für die Allgemeinheit von großem Interesse sind, bedarf wohl keines besonderen Beweises. Allerdings muß man, wie schon C. Blumenberg forderte, die Berufskrankheiten der geistigen Arbeiter und der geistigen Arbeit auseinanderhalten.

Die Aufgabe, die Berufskrankheiten der geistigen Arbeiter sowohl als auch der Handarbeiter mit Einbeziehung der interessierten Kreise zum Gegenstand eines eingehenden Studiums zu machen, wäre äußerst dankbar.

## Sozialdemokratie und Religion

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer inneren Krise. Eine allgemeine Lahmung hat die Partei ergriffen. Nichts will mehr gelingen. Selbst mit einem Krupp-Prozess, einem Kölner Polizeiprozess und der Haberster Affäre, Dingen, die früher nie ihre Jugendkraft auf die Massen verfehlt hätten, wogte sie nichts Neues anzufangen. Bei den Badischen Landtagswahlen und einer Anzahl Reichstagsnachwahlen hat sie schwere Schläge bekommen. Die Ohnmacht der 110 im Reichstage hängt nachgerade an unheimlich zu werden. Und noch sind keine Anzeichen vorhanden, die ein Revanßieren ihres Glanzes versprechen.

Es ist verständlich, wenn die sozialdemokratischen Führer krampfhaft nach neuen Mitteln und Wegen suchen, um die Partei aus dieser Misere herauszubringen. Was zur Wiederbelebung der Agitation — und Agitation ist bei der Sozialdemokratie bekanntlich alles — da nicht schon alles vorgeschlagen ist, wozu manchmal geradezu verzweifelt zu werden. Das gilt vor allem von den Vorschlägen der „Genossen“ Meerfeld und Göhre. Was diese beiden Genossen verlangen, ist nicht mehr und nicht weniger als das offizielle Bekenntnis der Sozialdemokratie zur Religion. Nicht etwa einer beliebig zusammengestellten Allweltreligion, sondern zur Religion — des Christentums. Meerfeld formuliert sein Programm dahin: „auch die sozialistische Bewegung kann einer ethischen Begründung ihrer Forderungen nicht entzogen, und aus dem Ideeninhalt des Christentums vermag sie beizurufen die paritätischen Waffen zu holen.“ Göhre hat es ebenfalls nicht verschrieben, Göhre sein sozialdemokratisches Christentum. Danach würde das künftige sozialistische Glaubensbekenntnis auf folgenden Grundätzen aufgebaut sein: 1. Ausmerzung der alten Lehrenschamungsbestandteile (d. h. auch wohl der marxistischen, materialistischen, Red.). 2. Rückkehr zu den paar alten schlichten Lehren Jesu. 3. Rückkehr zu den sittlichen Grundsätzen der christlichen Gemeinden.

Den Genossen Meerfeld und Göhre ist es in der Forderung auf Rückkehr der Sozialdemokratie zur Religion nicht um die Ursachen der gegen-

wärtigen Misere in der Partei, so sagen sie sich ganz richtig, wurzeln nicht in irgendwelchen oberflächlichen Erscheinungen, sondern die liegen tiefer, in den Grundlagen des Sozialismus. Man hat in der Sozialdemokratie nämlich eins übersehen: Wie außerordentlich stark verankert doch die religiöse Gedankenwelt im Volke ist, und wie die daraus entspringenden Kräfte, aller gegenteiligen Propaganda zum Trotz, auch heute noch im Volksleben lebendig sind. Diesen starken religiösen Triebkräften gegenüber hat die marxistische Weltanschauungslehre vom Materialismus keine entscheidende Bedeutung erlangen können. Der religiöse Gedanke hat sich als der stärkere erwiesen. Einzig die Erkenntnis dieser Tatsache ist es, die die Genossen Meerfeld und Göhre den angst erfüllten Ruf erheben läßt: Zurück zur Religion, zum Christentum! Daß sie damit den moralischen Bankrott des Marxismus erklären, ist nicht zweifelhaft.

Freilich wäre es utopisch, annehmen zu wollen, die Sozialdemokratie würde nun auch wirklich eine Revision ihrer seitherigen religions- und christentumsfeindlichen Haltung vornehmen. Selbst wenn ihre leitenden Köpfe das wollten vermöchten sie es nicht. Seit ihrem Bestehen hat die Sozialdemokratie den Kampf gegen jedwede religiöse Bewegung in denkbar schärfster und gehässigster Weise geführt. Immer wieder hat sie den Massen eingeredet, erst müßten die Fesseln des Kirchen- und Christentums gesprengt werden, ehe an die Verwirklichung des Endziels, d. h. der sozialistischen Zukunftsgesellschaft, gedacht werden könnte. Und jetzt wollte man vor denselben Massen treten und mit Ideen des ehemals so verlästerten Christentums die Forderungen der Sozialdemokratie ethisch begründen! Das sind bestenfalls schöne Phantasien, an deren Verwirklichung ihre Urheber selber schwerlich glauben dürften. Man betet eben heute nicht an, was man gestern noch verdammt.

Nein, für die Sozialdemokratie gibt's heute kein Zurück mehr in ihrer Feindschaft gegen Religion und Christentum. Diejenigen, die mit Meerfeld und Göhre an die Möglichkeit glauben, die rote Partei zum christlichen Sittengesetz zurückzuführen zu können, sind heillose Utopisten. Das wird ihnen übrigens von den radikalen Genossen selber klar gemacht, und die haben vorläufig immer noch die Führung in der Partei. In der „Neuen Zeit“, dem offiziellen wissenschaftlichen Organ der Partei, unterzieht sich der Genosse Hermann Kemmle der Aufgabe, die beiden Schwärmer wieder auf den Boden der Wirklichkeit zurückzuholen. Gegen Göhre, der als sozialdemokratische Religion das strenge Sittengesetz des Urchristentums einführen möchte, legt er grimmig los:

„Gerade dieses Sittengesetz, der christliche Stoizismus, die bis zum Bahnhofs geprengte Bedürfnislosigkeit ist lange genug, ja allzu lange der Kluch der unterdrückten Massen gewesen. Gerade wir Sozialdemokraten sehen in der maßlosen Duldbarkeit in Entbehrungen, in der Bedürfnislosigkeit der Ausgebetteten und Entrechteten einen Quell von Unmoral. Jetzt soll den gleichen Arbeitern von neuem dieses Lafter der Bedürfnislosigkeit, die hoch einer der ersten „sittlich-sozialen“, „schlichten“ Lehren Jesu ist, gepredigt werden? Gerade in diejen und ähulichen Lehren steht sich Christentum und Sozialismus gegenüber wie Feuer und Wasser. Unvereinbar, ohne alle Kompromißmöglichkeit!“

Und weiter:

„Wenn die Sozialdemokratie wirklich eine Pflicht auf diesem Gebiet hat, so kann es nur die sein, volle Klarheit zu schaffen über das Wesen der Religion und das Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus. Und diese Aufgabe der Partei kann nur zu einem Resultat führen: Verneinung jeglicher Religion; proletarischer Atheismus, der sich durch tiefere und gründlichere Erkenntnis der Dinge in der uns umgebenden Welt und jenseits der in den Menschen und in der menschlichen Gesellschaft wirkenden geistigen Faktoren von den früheren atheistischen Bewegungen scharf unterscheidet; vollkommene Religionslosigkeit, von der aus kein Weg und kein Steg mehr zurückführt zu den bunten Wäldern der Religion. Der Versuch, Religion und Sozialismus miteinander zu vereinigen, ist eine Utopie, die verdient, sobald als möglich auf ihre Unmöglichkeit zurückgeführt zu werden.“

An der religionsfeindlichen Haltung der Sozialdemokratie wird also auch in Zukunft nichts geändert werden. Religion und Sozialismus miteinander zu vereinigen ist eben eine Unmöglichkeit. Der Genosse Kemmle beurteilt die realen Verhältnisse in der Partei zu nüchtern, um das nicht einzusehen. Größlich haben wir auch noch niemals die Befürchtung gehabt, als könnte uns in der Sozialdemokratie nochmal so etwas wie eine christliche Konfessionsorganisation entstehen. Auf die derzeitige innere Verfassung der Viermillionenpartei werfen diese Auswärtigen aber doch ein äußerst bezeichnendes Licht. Agitatorisches Unvermögen und Rationlosigkeit über den ferneren Weg sind die Ursachen, aus denen heraus sie geboren wurden.

Der Mensch, der zu schwankender Zeit auch schwankend gesinnt ist,  
Der verehret das Uebel und breitet es weiter und weiter;  
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.  
Goethe.

## Neue Normal-Unfallverhütungsvorschriften

II.

Die Normal-Unfallverhütungsvorschriften bringen insofern eine bedeutende Neuerung, als sie bestimmte Vorschläge über die Tragung der Kosten der Unfallverhütung enthalten. Hierüber wird vorgeschlagen, daß die Kosten für die Abdeckung der Balken- und Trägerlagen, für die Baugerüste, die Fahrbohlen für Fuhrwerke, Schuttdächer, Schutzabsperrungen usw. für die Schutzgerüste der Dacharbeiter, die Dachstuhl usw. der Bauherr zu tragen hat. Der Unternehmer, der die Herstellung oder Lieferung dieser Gerüste oder sonstiger Schutzvorrichtungen übernimmt, soll die Kosten dafür in besonderen Vertragspositionen ansetzen. Wenn die einzelnen Unternehmer der Dacharbeiten nicht selbst ihre Schutzgerüste liefern können, so wird vorgeschlagen, das als Schutzgerüst auszubauende Stand- oder Leitergerüst oder das besonders hergestellte Schutzgerüst (Auslegergerüst, fliegendes Gerüst) stehen zu lassen, bis alle Arbeiten über Dach beendet sind. Auch für dieses Vorhalten sollen die Kosten in die betreffenden Vertragspositionen mitaufgenommen werden. Weiter wird angeregt, möglichst dahin zu wirken, daß in jedem größeren Betriebe für die erste Hilfeleistung bei Unfällen eine dem Umfang und der Art des Betriebes entsprechende Anzahl sachgemäß vorgebildeter Helfer vorhanden ist. Diese Helfer haben natürlich nur die erste Hilfe zu leisten; tunlichst bald soll ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Diese Vorschriften können den Unternehmern in den Unfallverhütungsvorschriften natürlich nur zur Beachtung gegeben werden, da für ihre Durchführung eine gesetzliche Handhabung nicht gegeben ist.

Was nun die Normal-Unfallverhütungsvorschriften im ganzen anbelangt, so haben sie natürlich keine gesetzliche Geltung, sie sollen vielmehr den Baugewerks-Berufsgenossenschaften nur als eine einheitliche Grundlage und möglichst einzuhaltende Richtschnur für die Aufstellung ihrer eigenen Unfallverhütungsvorschriften dienen. Deshalb sind auch solche Punkte, in denen die landesüblichen Bauweisen der verschiedenen Gegenden erheblich voneinander abweichen, nicht mitaufgenommen worden; sie müssen in den Unfallverhütungsvorschriften der betreffenden Baugewerks-Berufsgenossenschaften berücksichtigt werden. Die Normal-Unfallverhütungsvorschriften bieten allen Baugewerks-Berufsgenossenschaften somit einen Vorschlag für die eigenen Unfallverhütungsvorschriften und werden dazu beitragen, daß diese in ganz Deutschland, abgesehen von Einzelheiten, fast völlig übereinstimmen werden. Damit aber begegnen die Baugewerks-Berufsgenossenschaften auch einer Forderung von der sozialdemokratischen Partei im Reichstage vertretenen Anregung auf Einführung eines Reichsbauarbeiter-Schutzgesetzes. Ein solches Gesetz würde für das gesamte Baugewerbe im Deutschen Reich fast unbrauchbar sein, da es den Verschiedenheiten in der landesüblichen Bauweise selbstverständlich nicht Rechnung tragen könnte. Die Durchführung eines solchen Gesetzes müßte von staatlichen, also Polizeibeamten, beaufsichtigt werden, und vielleicht würde es der sozialdemokratischen Partei bei dieser Gelegenheit gelingen, die von ihnen stets verlangten Arbeiterkontrollen für die Baurevisionen einzuführen. Das aber ist, wie wir an dieser Stelle schon wiederholt hervorgehoben haben, nicht nur im Interesse der Unternehmer, sondern auch der Arbeiter nicht erforderlich. Die technischen Aufsichtsbeamten der Baugewerks-Berufsgenossenschaften, deren Zahl in den letzten Jahren erheblich vermehrt worden ist, haben sich ihrer Aufgabe völlig gewachsen gezeigt und sind nach ihrer Vorbildung allein geeignet, Baurevisionen vorzunehmen. Ihnen werden auch die nach den Normal-Unfallverhütungsvorschriften aufgestellten neuen Unfallverhütungsvorschriften der Baugewerks-Berufsgenossenschaften eine Handhabung zum weiteren Ausbau der Betriebsrevisionen bieten. Durch die Normal-Unfallverhütungsvorschriften dürften die Wünsche und Forderungen aller interessierten Kreise auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes bei Ausführung von Bauarbeiten erfüllt sein. Aber auch hier muß man sagen, daß endlich Halt gemacht werden muß mit einer zwecklosen Forderung neuer Maßnahmen, die nur die Betriebsführung im Baugewerbe erschweren können und auch nicht dem Wohl und der wirtschaftlichen Besserung der Lage der Bauarbeiter dienen.

So sehr auch wir die Herausgabe dieser neuen Vorschriften als einen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Unfallverhütung begrüssen, so wollen wir mit unserem Lobe doch erst abwarten, welche Wirkungen durch diese Neuerung und Erweiterung ausgelöst werden. Ausdrücklich heißt es in den Vorbemerkungen: „Diese Normal-Unfallverhütungsvorschriften haben keine gesetzliche Geltung; sie sollen den Baugewerks-Berufsgenossenschaften als eine einheitliche Grundlage und eine möglichst einzuhaltende Richtschnur für die Aufstellung von Unfallverhütungsvorschriften dienen.“ Wenn die Baugewerks-Berufsgenossenschaften dieser Anregung Folge leisten, so werden ihre Un-

fallberhütungsvorschriften im ganzen einheitlicher und in manchen Punkten besser werden, doch ist nicht zu verkennen, daß diese Anpassung für einige Berufs-genossenschaften zweifellos ein Zurückhupfen, eine Rückwärtsrevision bedeuten würde, indem man jetzt bestehende gute Bestimmungen aufgeben müßte.

Wir finden in den Normalvorschriften aber auch direkte Mängel. Im § 11 z. B. ist die Verwendung des offenen Kotsfeuers direkt zugelassen. Hierdurch setzen sich die Normalvorschriften in direkten Widerspruch mit den Bestimmungen der Landeszentralbehörden in den größten deutschen Bundesstaaten. In den preussischen „Grundzügen“ vom 4. Juli 1913, den bayerischen „Oberpolizeilichen Bestimmungen“ vom 21. August 1909, der „Verfügung des Ministeriums des Innern“ in Württemberg vom 10. Mai 1911, sowie der demnächst erscheinenden Verordnung für Elsaß-Lothringen ist das offene Kotsfeuer generell verboten.

Gänzlich vermißt wird ein Passus bezüglich des Ueberdiehandmauerns. Vergeblich suchen wir in den Normal-Unfallverhütungsvorschriften nach einem Verbote oder nach einer Einschränkung dieser gefährlichen Unsitte. Nicht einmal Fang- oder Schützgerüste beim Ueberdiehandmauern werden gefordert!

Verbandsmaterial wird erst für Bauten und Arbeitsplätze mit 11 und mehr Arbeitern gefordert. Mangelhaft wird es vermieden alszuviel Mindestmaße für Gerüstmaterial und für den Gerüstbau anzugeben.

Wir wollen hoffen, daß die einzelnen Berufs-genossenschaften die in den Normalvorschriften sich findenden Lücken „nach Möglichkeit“ oder „genügend“, wie es in den Normalvorschriften so oft heißt, ausfüllen, daß sie die Neuerungen mit aufnehmen, und daß sie ihre z. Z. bislang schon geltenden weitergehenden Vorschriften im Interesse des Arbeiterschutzes nicht preisgeben, sondern beibehalten.

Bezüglich einer reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeiterschutzes und der Forderung der Baukontrolleure aus dem Arbeiterstande sei bemerkt, daß es sich keineswegs um eine rein sozialdemokratische Forderung handelt, sondern daß auch wir seit langen Jahren dieselbe Forderung erhoben haben und daß der Reichstag in seiner Mehrheit, also nicht nur die Sozialdemokratie, diesen Forderungen beige-stimmt hat.

Sodann müssen wir dem Irrtum entgegenzutreten, als ob die Bauergewerkschafts-Berufs-genossenschaften die Zahl ihrer technischen Aufsichtsbeamten in den letzten Jahren stets vermehrt hätten; seit drei Jahren beträgt deren Zahl 128, von denen noch einige lediglich Rechnungsbeamte sind, die keine Revisions-tätigkeit ausüben. Die übergroße Mehrzahl dieser Beamten aber muß einen großen Teil der Arbeitszeit statt zur Betriebsbeaufsichtigung zu Lohnbuch-revisionen, verwenden, einer Tätigkeit, die im Gegen-satz zur Betriebsbeaufsichtigung stets sehr splendid, sofortige Erfolge in klingender Münze zeitigt und der die Berufs-genossenschaften anscheinend in weit mehr Liebe zugetan sind als der Betriebsrevision.

Die Normal-Unfallverhütungsvorschriften begrüßen auch wir als einen Fortschritt auf dem Wege der Vereinheitlichung. Ob sie die Hoffnungen, die die Berufs-genossenschaften auf sie setzen, erfüllen werden, wird die Zeit lehren; im wesentlichen kommt es nicht auf papierene Vorschriften an, sondern auf die Art der Durchführung. Hier aber müssen wir die Stellungnahme der Berufs-genossenschaften erst abwarten.

### Allgemeines

**Tagung des Haupttarifamtes.** In den Tagen vom 2. bis 5. März tagte das Haupttarifamt im Reichstagsgebäude. Eine umfangreiche Tagesordnung hatte seiner Erledigung: rund 60 Anträge lagen vor. Die Besetzung des Haupttarifamtes war diesmal vollständig, indem sämtliche Herren Unparteiischen vier Tage an der Sitzung teilnahmen. Die vorliegende Tagesordnung wurde voll aufgearbeitet. Ein Ereignis, das wir in dieser Tarifperiode zum ersten Male zu verzeichnen haben. Die Entscheidungen sind zum Teil von Bedeutung, zum Teil weniger bedeutungsvoll. Wir verzichten diesmal auf eine allgemeine Besprechung, zumal wir in der Lage sind, sofort mit den Veröffentlichungen zu beginnen.

**Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.** Wo es bisher in Deutschland zur Errichtung von Arbeitslosenversicherungskassen kam, sind sie so gestaltet, daß die Arbeiter in eine städtische Kasse zahlen, aus der sie bei Arbeitslosigkeit gewisse Beiträge ausgezahlt erhalten; die Auszahlungen erfahren gewöhnlich eine geringe Erhöhung durch einen Zuschuß der Stadt. Im Grunde genommen ist das nichts anderes, als eine Spar-einrichtung mit Prämientgewährung, wobei der Hauptteil der erforderlichen Gelder von den durch die Arbeitslosigkeit bedrängten Arbeitern selbst aufgebracht wird. Eine so zustande kommende Arbeitslosenfürsorge muß unzu-

reichend sein, weil sie wesentlich auf der Leistungsfähigkeit der durch die Arbeitslosigkeit immer wieder wirtschaftlich niedergedrückten Arbeiterklasse beruht.

Soll die öffentliche Arbeitslosenfürsorge wirksamer werden, so muß sie eine breitere Grundlage erhalten und in die Lage kommen, ihre Mittel nicht allein aus dem wirtschaftlich schwachen Kreise der unmittelbar Gefährdeten zu holen, sondern aus der Volksgesamtheit, die aus sozialen Gründen an der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken verpflichtet ist. Diese Pflicht obliegt in erster Reihe allen Arbeitern und Angestellten, sowie den Unternehmern, welche Arbeitskräfte gebrauchen. Denn wollen die Arbeitgeber aus den Arbeitern Nutzen ziehen, so müssen sie auch einen Teil des Risikos tragen, das der Arbeiter hat, eben weil er sich als unselbständiger Lohnarbeiter zur Verfügung des Unternehmers stellt. Dies ist doch der Grundgedanke der Beitragspflicht der Arbeitgeber zu den bestehenden sozialen Versicherungen, warum soll er nicht auch bei der Arbeitslosenversicherung Geltung haben? Es kommt hinzu, daß die Schwankungen des Arbeitsmarktes von wirtschaftlichen Vorgängen usw. herrühren, welche die Arbeiter weder kontrollieren noch beeinflussen können. Die Arbeitslosigkeit gehört deshalb zu jenen Uebeln, deren Bekämpfung nicht einem einzelnen Stande überlassen bleiben kann und darf, sondern der Volksgesamtheit, dem Staate, als Pflicht zukommt.

Darum fordern wir eine Reichs-Arbeitslosenversicherung als Endziel der staatlichen Arbeitslosenfürsorge, zu welcher nach dem Muster der vorhandenen Versicherungs-gesetze das Reich, die Arbeitgeber und die Versicherten Beiträge zu leisten haben. Durch eine solche Verteilung der Lasten auf breite Schultern wird dem bei den bisherigen örtlichen Versuchen beobachteten Mangel vorgebeugt; eine nennenswerte Belastung einzelner Gemein-den oder Personen kann dann nicht eintreten. Wohl aber wird die Versicherung auf so breiter Grundlage leistungs-fähig genug werden, um die Not der Arbeitslosen wirk-sam zu lindern, ohne die zu Schützenden durch Entnahme der erforderlichen Mittel noch mehr zu schwächen. Bei den bisherigen Versuchen ist das mehrfach geschehen und weiter zu befürchten.

**Das Reich und die Wohnungsreform.** Die seit langem vom Reich geforderte Unterstützung des Klein-wohnungsbaues durch Bürgschaftsübernahme für zweite Hypotheken nimmt nun endlich greifbarere Gestalt an. Der Bundesrat hat in der Sitzung vom 19. Februar einem Gesetzentwurf zugestimmt, wonach das Reich 25 Mil-lionen Mark bereitstellt als Garantiefonds zur Deckung von Ausfällen, die bei der Hypothekenausleiherung der Gemeinden an gemeinnützige Bau-genossenschaften ent-standen sind. Die Bürgschaftsleistung des Reichs soll allerdings auf die Erstellung von Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte des Reichs be-schränkt bleiben.

Die Bürgschaft des Reichs ist an die Bedingungen geknüpft, daß die Hypothek mindestens zehn Jahre un-kündbar ist, daß für das vom Reich verbürgte Darlehen sowie für ein etwaiges Prioritätsdarlehen jährlich min-destens 1/3 Prozent Tilgung übernommenen Verpflich-tungen vom Rechnungsjahr 1915 ab eine angemessene Sicherheit bereitgestellt wird. Das Bürgschaftsdarlehen soll in der Regel 90 Prozent nicht übersteigen, kann jedoch ausnahmsweise auch bis zum vollen Betrage der Selbstkosten des Baues gewährt werden.

Vom Reichstag war gefordert worden, daß Reich solle seine Kredithilfe auf die Wohnungsbeschaffung der Gesamtbevölkerung erstrecken. Das wurde von der Reichsregierung abgelehnt mit der Begründung, daß da-für das Reich weder zuständig noch kapitalkräftig genug sei. Aber auch so bedeutet die Tat des Reichs für die gemeinnützigen Bau-genossenschaften eine ziemliche Ent-lastung.

**Eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die Ar-beiter** bedeutet der Beschluß, den der 13. Ausschuss des Reichstags zur Regelung des Submissionswesens jetzt gefaßt hat. Der Ausschuss hat den § 56 dieses Gesetzes angenommen, welcher lautet:

„Eine Arbeitsniederlegung in einem für die Er-füllung des übernommenen Vertrags unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bringt die Ver-längerung aller Fristen und die Hinaus-schiebung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung, wenn der Unternehmer nachweislich kein Verschulden trifft. Das gleiche gilt im Falle der Aussperrung, wenn der Unternehmer durch Kollektivvertrag zu der Aussperrung verpflichtet war oder sie aus sonstigen Gründen nachweislich nicht verhindern konnte.“

Dazu wird der „Reichs. Arb.-Stg.“ geschrieben: Sich dieser Paragraph so angenommen im Plenum des Reichstags, so ist wieder ein Ausnahmengesetz gegen die Arbeiter fertig. Denn in Wirklichkeit ist dieser Paragraph nichts anderes als eine Waffe gegen die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf. Durch die Hinausschiebung der Fristen wird der Druck von dem Unternehmer genommen, und der hat keinen Grund, nachzugeben. Die Arbeiter wür-den also nutzlos kämpfen. Man könnte entgegenhalten, es heißt doch in dem Paragraph: „wenn der Unter-nehmer nachweislich keine Schuld trifft“. Wir Arbeiter, die wir in der Praxis stehen, fallen hierauf nicht herein. Denn erstens wird es den Arbeitern schwerfallen, in allen Fällen nachzuweisen, daß der Unternehmer schuld ist. Zweitens wird es dem Unternehmer ein Leichtes sein, seine Schuldlosigkeit zu beweisen. Drittens, bis bei unserem „schnellen Verfahren“ die Sache geklärt ist, wird so viel Zeit vergehen, daß die Entscheidung, mag sie auch zu-gunsten der Arbeiter ausfallen, wertlos ist. Wenn man diesen Paragraphen liest, wird man sich fragen: Wie ist es möglich, daß in neuerer Zeit trotz aller Verkündungen

von Regierungseite sowohl als auch von den bürger-lichen Parteien immer wieder versucht wird, dem Vor-wärtsstreben der Arbeiterschaft Hindernisse in den Weg zu legen? Der § 152 W. O. ist noch nicht genügend, das Strafgesetz muß verschärft werden, sagt man. Obwohl doch dieser Paragraph ein hartes Ausnahmengesetz für die Arbeiter ist. Den Genossenschaften der Arbeiter will man an den Kragen, obwohl man das Genossenschaftswesen der anderen Stände fördert und unterstützt. Es scheint halb, als wolle man der Arbeiterschaft sagen: Seht, jetzt sitzen 111 Sozialdemokraten im Reichstag, und in diesem Reichstage bringen wir solches fertig! Unsere Aufgabe wird sein, in den nächsten Wochen, bevor dieses Gesetz im Plenum des Reichstags zur Beratung kommt, dahin zu arbeiten, daß, wenn der Paragraph nicht fällt, so doch umgearbeitet und ihm der den Arbeitern schädliche Stachel genommen wird. In seiner jetzigen Fassung kann man ihm nicht zustimmen.

**Besuch englischer Arbeiter und Angestellten in Berlin.** Wie schon bekannt sein dürfte, findet vom 19. bis 22. Mai d. J. ein Besuch englischer Arbeiter und Angestellten in Berlin statt. Es handelt sich um etwa 100 Schüler der „National Council of Adult Schools“, d. h. der Schule für Erwachsene, einer Bewegung, die führende Mitglieder aller britischen Parteien zu Mit-arbeitern und Führern haben.

Der Zweck des Besuchs, dem auch in früheren Jahren von Frankfurt und Düsseldorf nach England unter-nommene Reisen dienten, ist die Entdeckung persönlicher und geistiger Bande zwischen den Arbeitern und An-gestellten der beiden großen germanischen Völker. Für die Unterbringung des Besuchs werden demnach rund 100 Wohnungen gebraucht. Es ist erwünscht, daß weit mehr Wohnungen angemeldet werden, als nötig sind, damit eine gewisse Auswahl nach der Stadtgegend mög-lich wird.

Mahlzeiten würden die Gäste in den Privatwoh-nungen, mit Ausnahme des ersten Frühstückes, das an jedem Morgen, also dreimal gegeben werden müßte, nicht einnehmen. Pflichten betreffs Begleitung der Gäste brauchen die Gastgeber nicht zu übernehmen. Ebenfalls ist nicht erforderlich, die Gäste stets an den Sammel-platz zu bringen, dies ist ganz dem freien Willen über-lassen. Die Gastgeber werden voraussichtlich seitens des Empfangsausschusses eingeladen, mit ihren Gästen am Donnerstag, den 21. Mai, vormittags (Himmelfahrtstag) eine gemeinsame Dampferfahrt nach Potsdam usw. mitzumachen. Die englischen Gäste beabsichtigen, die Gastgeber zum 22. Mai abends zu einem Abschiedsessen einzuladen.

Wir bitten deshalb unsere Mitglieder, da noch eine Anzahl Wohnungen benötigt werden, die einen Gast be-herbergen können, dringend, Wohnungen sofort an Herrn Karl Hoppe, O. 112, Rigauer Straße 26, senden zu wollen.

**Gelbe Sumpflasen.** Wie die Berliner mit den Essener Gelben schon seit längerer Zeit auf Kriegs-fuß stehen, so tobt auch im Lager der Hamburger Gelben ein heftiger Bruderkrieg, der bisher in der Deutlichkeit wenig beachtet wurde. Ein gelbes Blatt, „Der Ham-burger Hafenarbeiter“, Organ des Hamburger Hafen-arbeitervereins, deckt in seiner Nr. 16 vom 16. Dez. 1913 einen überliefenden Sumpf aus dem gelben Lager auf. Da wird zunächst von einer Palastrevolution in dem „Nationalen (lies: gelben) Handwerksgehilfenverband“ (Vindentstraße 7, 9) erzählt, die durch eine unverantwort-liche Wirtschaft mit den Vereinsgeldern verursacht wurde. In der Zeit von Januar bis November seien insgesamt 16 000 M. Einnahmen zu verzeichnen, darunter aber nur 2229 M. Mitgliederbeiträge. Von diesen Geldern sei im November nichts mehr da gewesen, obgleich den Einnahmen nur eine Ausgabe von 8633,35 M. gegenüberstehe. Diese Summe habe der erste Vorsitzende und der Schatzmeister allein für Gehälter und Eshen erhalten.

Für Beschaffung von Arbeitswilligen seien dem Vor-stand von einem Arbeitgeber 1100 M. überwiesen wor-den (also die richtige Streikbrechervermittlung). Zwei Vorstandsmitglieder seien dieserhalb nach Leipzig und Chemnitz gefahren, hätten innerhalb 4-6 Tagen 728,50 Mark für sich verbraucht und sich dann noch drahtlich von einem Hamburger Unternehmer 140 M. schicken lassen, damit sie wieder nach Hamburg zurückfahren könnten. Wie es in diesen gelben Vereinen zugeht, sagt der „Hafen-arbeiter“ mit folgenden Worten: „... Der Vorstand macht die Statuten, wählt sich selbst auf 5 Jahre, über-nimmt die Regelung der Geldgeschäfte, und nun heißt es, Michel zahle.“ Wenn dann kein Geld mehr da sei, würden die Unternehmer angebettelt.

Ein Teil der Mitglieder dieses gelben Vereins trennte sich ab und gründete einen neuen gelben Verband. In einer Versammlung am 10. Dezember kam es zu einem ungeheuren Krach, bei dem sogar die Polizei einschreiten mußte. Das genannte gelbe Blatt berichtet darüber:

„Wegen den Willen des Vorstandes und trotzdem dieser Polizei zu Hilfe rief, wurden die ausgeschlossenen Mitglieder zugelassen, und die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als die Versammlung einstimmig den sa-mosen Vorstand absetzte und als Leiter der Versamm-lung die ausgeschlossenen Kollegen Friede und Gängel wählte.“

Die abgesetzten Vorstandsmitglieder werden dann als die großen Kämpen verhöhnt, die den „Patriotismus zum Geschäft zu stampfen verstanden hätten“. Am Schluß dieses vielstündigen Berichtes heißt es noch wortlich: „Eines der Vorstandsmitglieder soll bereits ver-haftet sein, ob der schärfste und gefährlichste davon zurzeit betroffen ist, entzieht sich unserer Beurteilung. Wir freuen uns, daß Arbeiter den Mut gefunden, sich rüchrichtlos von Sumpflasen zu befreien, die ihre Tätig-

keit und ihre nationale Gesinnung in den Augen jedes anständigen Menschen herabwürdigend verstanden haben.

Möge das eine Warnung für die Arbeiter sein, ruft das gelbe Blatt zum Schluß aus. Dem können wir uns, und zwar mit Bezug auf den gelben Sumpf im allgemeinen, nur vollinhaltlich anschließen.

### Wirtschaftliche Bewegung

Gesperrt sind: **Abbenbüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Buchmann wegen Nichtannahme des Tarifvertrages). **Hamm i. B.** (Sperrung über das Studegeschäft Heinrich Müjeler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Caternberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Bullmann). **Neustadt** (Schwarzwalb) (Streik der Zimmerer). **Steele** (Sperrung über die Firma Fr. Stud wegen Nichtannahme des Tarifvertrages und Maßregelung.) **Saffig** (Sperrung über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Rheinberg** (Sperrung über das Platten-geschäft Gebr. Schäffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Nachen** (Sperrung über das Plattenlegergeschäft J. H. Kumbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Soran** (Sperrung über die Firma Häuvel). **Sagan** (Sperrung über die Firma Eißler). **Sommerfeld** (Sperrung über die Firma Schmeider). **Neufals** (Sperrung über die Firma Jädel). **Schöve** (Streik sämtlicher Bauarbeiter zwecks Abschluß eines Vertrages). **Gelsenkirchen** (Häusenleger, Sperrung über den Zwischenmeister Jakob Seber). Zugang ist fernzuhalten.

#### Bezirk Münster.

**Irthobe.** Hier sind die Kollegen einmütig in einen Streik eingetreten, nachdem der Versuch, friedlich zum Abschluß eines Vertrages mit einer entsprechenden Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung zu gelangen, gescheitert war. Da die Kollegen fast alle auswärtig Arbeit erhalten, die Konjunktur außerst gut ist und kein einziger Bauarbeiter zum Streikbrecher wurde, können wir dem Ausgange des Kampfes mit der größten Ruhe entgegensehen. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten.

### Entscheidungen des Haupttarifamtes

#### Entscheidung Nr. 40.

(Die Entscheidung Nr. 39 wird nachgetragen.)

In Sachen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe (Landesverband Elßaß-Lothringen, Abteilung Kolmar) betrifft Berufung gegen die Entscheidung 2. Instanz, wonach den Arbeitnehmern trotz der vertraglichen 14tägigen Lohnperiode schon am Erschle der ersten Woche ein Vorzuschuß von 60 Proz. anzuzahlen ist, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe dahin:

Der Antrag wird abgelehnt. Die Entscheidung der 2. Instanz bleibt als zu Recht bestehend.

#### Gründe:

Inwieweit der Verhandlungsniederschrift d. d. Kolmar, den 2. August 1913 waren die Parteien übereingekommen, daß die Angelegenheit der Vorzuschußzahlung durch Abstimmung in der Instanz entschieden werden soll, damit ist die Sache vereinbarungsgemäß endgültig erledigt. Berlin, den 2. März 1914.

#### Entscheidung Nr. 41.

In Sachen des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Kreisverband Pfälzischer Baugewerbe, betrifft Antrag auf Aufhebung der Entscheidung 2. Instanz, weil diese die Zuständigkeit überhöht hat, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe dahin:

Der Berufungsantrag wird abgelehnt.

#### Gründe:

Das Tarifamt hat unter dem 16. September 1913 u. a. entschieden, daß an dem Anstande vom 8. und 9. September beide Parteien wohl mehr oder minder ein Verständnis haben. Hiergegen wurde von Arbeitsberufende Berufung zum Haupttarifamt eingelegt mit der Begründung, daß hierzu mangels eines bindenden Urtrages des Tarifamtes nicht zuständig war und auch materiell die Entscheidung unzulässig ist.

Grundsätzlich der Zuständigkeitsfrage ergibt das Tarifamt, daß die Parteien über die Entscheidungsgeschichte verhandelt und Anträge gestellt haben. Damit enthält von selbst der Einwand, daß das Tarifamt ohne Antrag über eine Sache entschieden habe.

In materieller Hinsicht war das Haupttarifamt nicht in der Lage die Sache nachprüfen, da die Berufungsbegründung des § 6 des Haupttarifvertrages nicht vorliegt. Es ist zu bemerken, daß die Parteien die Berufungen beizugehen sind. In Übrigen ist der angeführte Teil der Entscheidung in der Hauptsache geblieben, daß es keine Unter-

lage für eine ev. gerichtliche Entscheidung über den Schadenersatzanspruch bilden kann.

Berlin, den 2. März 1914.

#### Entscheidung Nr. 42.

In Sachen des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Würzburg, betrifft Berufung gegen die Entscheidung des Tarifamtes zu Würzburg vom 22. Juli 1913, erkennt das Haupttarifamt für das Baugewerbe dahin:

Die Berufung wird als unzulässig zurückgewiesen.

#### Gründe:

Das dem Reichstarifvertrag beigegebene Vertragsmuster läßt die Möglichkeit offen, für „jugendliche Arbeiter“ einen geringeren Lohn durch freie Vereinbarung festzusetzen. Der Begriff des „jugendlichen Arbeiters“ ist im Reichstarifvertrag nicht festgelegt worden, weil in dieser Hinsicht die örtlichen Verhältnisse außerordentlich verschieden liegen. Es ist also nicht nur die Frage, ob ein besonderer Lohn für Jugendliche bestimmt werden soll oder nicht, bzw. für die Einzelverträge nachgelassen sein soll oder nicht, sondern auch, welche Altersklassen von Arbeitern unter den Begriff „Jugendliche“ fallen, der örtlichen Regelung vollkommen überlassen. Erfolgt eine solche, so unterliegt es dem Ermessen der örtlichen Parteien, bis zu welchem Lebensalter hinauf sie die Klasse der Jugendlichen erstrecken.

Inbesondere besteht bei der örtlichen Regelung dieser Frage keine Bindung an diejenigen Grenzen, welche in früheren Urträgen der Hauptvertragsparteien ins Auge gefaßt waren. Denn abgesehen davon, daß, wenn die Hauptvertragsparteien sich der Weiterbehandlung dieser Angelegenheit unterzogen hätten, noch jederzeit weitergehende Anträge hätten gestellt werden können, haben jene Anträge infolge der Ueberweisung der Frage zur örtlichen Erledigung jegliche Bedeutung verloren. Die Schlußfolgerung, daß eine spätere örtliche Vereinbarung an die Grenzen, die durch die früheren Anträge gekennzeichnet waren, gebunden sei, wenn sie dem Sinne des Hauptvertrages gerecht werden wolle, ist deshalb abzuweisen. Gerade wegen des rein örtlichen Charakters dieser Frage kann natürlich die für einen einzelnen Ort festgesetzte Regel keine Berufungsgemeinerung erfahren. Berlin, den 2. März 1914.

### Jahresberichte der Bezirke

**Bezirk Frankfurt a. M.** In unserem vorigen Jahresbericht konnten wir von einer ziemlich günstigen Konjunktur berichten. Unser Optimismus war daher auch damals fast genug, dem so oft prophezeiten Unglücksjahr 1913 mit aller Seelenruhe entgegenzusehen. Wenn nun auch der größte Teil von dem, was das Jahr 1913 nach unseren Tagespropheten bringen sollte, nicht in Erfüllung gegangen ist, so waren die Begleitererscheinungen dieses Jahres doch derart, um den Arbeitern, besonders aber den Bauarbeitern, in dauernder Erinnerung zu bleiben.

Die günstige Konjunktur des Jahres 1912 wurde sehr schnell abgelöst und die Ruhe, die dann im Baugewerbe eintrat, war vielfach geradezu unheimlich. Von unseren Großstädten waren es nur Mannheim und Frankfurt a. M., die den Bauarbeitern einigermaßen Gelegenheit zur Beschäftigung boten. Durch das völlige Daviederliegen des Baugewerbes in den Nachbargebieten war aber der Andrang der Bauarbeiter nach diesen beiden Städten derart stark, daß auch hier die Zahl der Arbeitslosen ständig mehrere Hundert betrug. Ueber eine gute oder mittelmäßige Konjunktur verfügten nur einige Mittel- und Kleinstädte. Hier waren es meistens Staatsbäuer, Bahnhöfe und Kasernen, die den Arbeitern etwas reichlichere Beschäftigung boten. Die Herberdemehrung mit ihrer Milliardenforderung hat also hier günstig gewirkt. In den ländlichen Orten konnte sich das Baugewerbe auch nicht aufschwingen, obwohl auch hier vielfach Wohnungsmangel vorhanden ist. Sogar wir nach den Gründen dieser Zustände, dann finden wir, daß sie allgemeiner Natur waren. Dieselben sind aber in der letzten Zeit derart oft in der Tages- und auch in unserer Gewerkschaftspressen behandelt worden, daß wir uns ein weiteres Eingehen darauf ersparen können. Unsere Mitglieder, die die schlechte Konjunktur im Laufe des Frühjahrs vielfach auf den rückwärtigen Gang der Tarifverhandlungen zurückzuführen, werden sich inzwischen überzeugt haben, daß die Gründe für den Tiefstand des Baugewerbes anderswo zu suchen waren. Denn nun die Angelegenheiten nicht trügen, gehen auch wir besseren Verhältnissen entgegen. Ob die Besserung eine allgemeine wird, werden wir abwarten müssen. Immerhin liegen in einzelnen Städten schon größere Aufträge vor, und da auch die politischen Verhältnisse ruhiger geworden sind, dürfen wir wohl annehmen, daß das Baugewerbe unter seinem ersten Reichstarif auch wieder zur Geltung kommt.

Könnte uns die wirtschaftliche Lage nicht befriedigen, so wüßten wir die gewerkschaftliche Entwicklung unseres Verbandes. Die Mitgliederzahl liegt von 230 im Jahre 1912 auf 2848 in demselben Quartal 1913. Dieses bedeutet gegenüber dem Jahre 1912 eine Zunahme von 518 Mitgliedern. Inzwischen haben wir weitere Fortschritte gemacht, und dürfte die Zahl von 2000 Mit-

gliedern sein. Die Zunahme hätte allerdings noch ein größerer sein können, wenn jeder Kollege an der Ausbreitung des Verbandes mit tätig gewesen wäre. Durch die allgemeine Tarifbewegung und durch eine ganze Anzahl kleinerer Bewegungen wurden unsere Angestellten vielfach für die Agitation lahmgelegt, und konnte daher nicht so betrieben werden, wie es das Interesse unseres Verbandes erfordert hätte. Hoffentlich können wir in diesem Jahre das Versäumte nachholen.

Obwohl der weitaus größte Teil unserer Mitglieder von dem Reichstarif erfasst wurde, hatten wir doch eine ganze Anzahl Lohnbewegungen zu führen, die auch all mit Erfolg beendet wurden. So mußten u. a. die Zimmerer in Schmalkalden, die zum größten Teil Mitglieder unseres Verbandes sind, 5 1/2 Wochen streiken, um die Unternehmer an die Einhaltung des Vertrages und die damit verbundene Lohnsteigerung von 3 Pf. pro Stunde zu gewöhnen. Die Zimmerer von Limburg, die ebenfalls unserem Verbands angehören, verlangten die Uebertragung des Bauertarifs auf das Zimmerergewerbe und legten, als alle Vorstellungen an dem sozialen Unverstand der Zimmermeister abprallten, die Arbeit nieder. Sechs Wochen Streik genügte, um diese Leute zu einer anderen Ansicht zu bekehren. Resultat: 8 Pf. Lohnerhöhung und zweijähriger Tarifvertrag. In Küsselsheim a. M., Griesheim a. M. und Marburg a. d. Lahn kam es ebenfalls zu Arbeitszeinstellungen. Diese Bewegungen wurden mit dem Deutschen Bauarbeiterverbande gemeinschaftlich geführt. Der Streik in Küsselsheim dauerte fünf Wochen und brachte den dortigen Bauarbeitern Mainzer Lohn- und Arbeitsbedingungen, nebst 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung. In Griesheim wurden nach einem nicht ganz fünfwochenlichen Streik 12 Pf. Lohnerhöhung nebst 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung erreicht. Da die Unternehmer dieser beiden Orte heute Mitglieder des „Mitteldeutschen“ sind, finden im übrigen die Bestimmungen des Reichstarifs Anwendung. Zu einem sehr hartnäckigen und langwierigen Streik kam es in Marburg. Hier hatten wir den Kampf nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Polizei zu führen, die reißlos auf Seiten der Unternehmer stand und diesen den Rücken stärkte. Vermittlungsversuche, die seitens des dortigen Oberbürgermeisters gemacht wurden, lehnten die Unternehmer wiederholt ab. Erst nach einem 18wöchentlichen Kampfe kam eine Einigung zustande, die einen Vertrag bis zum Jahre 1917 mit 4 Pf. Lohnerhöhungen vorsieht. Hoffentlich ziehen unsere Marburger Kollegen aus diesem Kampfe die notwendigen Konsequenzen. In Fulda ist unsere jahrelange Erziehungsarbeit an den Unternehmern nicht spurlos vorübergegangen. Zum ersten Male ist es uns gelungen, dort einen Tarifvertrag ohne Kampf zustande zu bringen, der eine Lohnerhöhung von 3 1/2 Pf. vorsieht. Infolge der schlechten Konjunktur konnten wir uns hier auf keinen Kampf einlassen, und mußten uns daher mit diesem Angebot begnügen. Mit der Firma Sievers, die im Berragebiet mit den Anlagen der Kaliverke beschäftigt ist, wurde ebenfalls ein Abkommen getroffen, das den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 4 Pf. bringt. In Frielendorf wurde auf dem Wege der Verhandlungen eine Lohnerhöhung von 3-4 Pf. und in Lang-Göns eine solche von 2 Pf. für unsere Kollegen erreicht. Zu einem Vertragsabschluss konnten wir es hier, da die Organisation noch zu schwach ist, noch nicht bringen. Außer den vorgenannten Bewegungen kam es noch zu einigen kleinen Mänteleiten in Bad Kreuznach, Kassel, Weßlar und Mannheim. Hier handelte es sich um kurzfristige Bewegungen, die meistens der Umgehung der Tarifverträge entsprangen. Wenn uns diese Bewegungen auch Arbeit und Kosten verursachten, so zeigten sie uns andererseits doch auch eine angenehme Seite, die darin bestand, daß die Vertragsabschlüsse dem Kampfe auf dem Fuße folgten. Von unserem Reichstarif können wir dieses heute noch nicht sagen. Wohl sind von einigen Ausnahmen abgesehen, die vorgeschriebenen Löhne gezahlt worden, aber zu einem Vertragsabschluss haben wir es bis heute noch nicht bringen können. Die vorhandenen Schwierigkeiten sind derart, daß sie nur mit größter Mühe aus dem Wege zu räumen sind. Unser Reichstarif ist eben zu schnell gekommen, ist auf ein nur halb fertiges Fundament gesetzt worden, und dieser Umstand ist für das ganze Gebäude und seine Bewohner nicht von Vorteil. Eine allgemeine Ausnahme in der Durchführung des Reichstarifs gestatten sich die Unternehmer in Bad Kreuznach. Statt der vorgeschriebenen 4 Pf. Lohnerhöhung haben sie bis jetzt nur 3 Pf. gezahlt. Unsere Vorstellungen zur Durchführung des Vertrages waren bis jetzt zwecklos, auch zwecklos beim Rheinischen Arbeitgeberverband, dem die Kreuznacher Bauunternehmer als korporatives Mitglied angehören. Hier fürchtet man anscheinend, bei einem Vorgehen gegen die Kreuznacher Bauunternehmer, dieselben als Mitglied zu verlieren, und unternimmt daher lieber nichts. Durch die schlechte Konjunktur war ein Vorgehen unsererseits seither aussichtslos. Für dieses Jahr steht dort aber eine gute Bautätigkeit in Aussicht, und werden wir diese benutzen, um auch dort den Vertrag voll und ganz zur Durchführung zu bringen.

Zur allgemeinen war das Jahr 1913 für uns kein ungünstiges, und haben wir Fortschritte auf fast allen Gebieten zu verzeichnen. Diese waren aber nur durch das einträgliche Wirken unserer Vertrauensleute möglich. Ihnen sei für ihre Tätigkeit hiermit herzlich gedankt. Mögen sie auch in diesem Jahre bedenken, daß es ihre eigene Sache ist, für die sie arbeiten. Unser Wunsch vom vorigen Jahre, 8000 Mitglieder zu müssen, muß heute auf 4000 erweitert werden. Diese Zahl können wir erreichen, vorausgesetzt, daß überall der erste Wille dazu vorhanden ist. Und nun, Vertrauensleute, vor! Mag die Arbeit und der damit verbundene Kampf noch so schwierig sein, wir müssen ihn aufnehmen, denn nur Kampf führt zum Sieg!

Frankfurt a. M., im Februar 1914.

Damian Schleicher, Bezirksleiter.

# Verbandsnachrichten

**Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß mit dem 1. März die Beitragszahlung wieder begonnen hat. Am Sonntag, den 15. März ist der 2. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig.**

**Buer-Erle (Westf.)** Unsere Generalversammlung und am 18. Februar statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Vortrag des Kollegen Bed-Gesellkirchen. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. Die Generalversammlung stand unter dem Eindruck eines herrlichen Unglücksfalles, der ein Mitglied unserer Zahlstelle betroffen hat. Am Morgen des 18. Februar gegen 11 Uhr verunglückte unser früherer Vorsitzender, Kollege Franz Hergenroder, dadurch, daß er auf dem Betriebsbahnhof der Beche Graf Bismarck, Schacht 2/6, zwischen zwei Puffer zweier Eisenbahnwaggons kam, so daß der Job auf der Stelle eintrat. Nachdem das Aukunden es auf solch traurige Weise verunglückten Kollegen geht war, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Den Jahresbericht erstattete der Kassierer Lauer. Aus dem Bericht ist zu entnehmen, daß unsere Zahlstelle auch im erlosenen Jahre einen guten Schritt vorwärts genommen ist. Die Vorstandswahl leitete Kollege Bed-Gesellkirchen. Der Vorstand setzt sich in diesem Jahre aus folgenden Kollegen zusammen: erster Vorsitzender Joseph Böcher, zweiter Heinrich Gottfried; erster Kassierer Franz Lauer, zweiter Heinrich Weißbächer; erster Schriftführer Wilhelm Vogt, zweiter Wilhelm Lauer; Revisoren Wilhelm Bös und Anton Weg; Türkontrollleur August Krieger; Kartell- und Verwaltungsstellendelegierter Joseph Böcher. Einleitend zu seinem Vortrage erwähnte Kollege Bed-Gesellkirchen, daß sich seiner Pflichten bewußt zu sein und auch in diesem Jahre zum Wohle der Zahlstelle zu arbeiten. Mehr als bisher sind die christlichen Gewerkschaften von allen Seiten angegriffen worden. Auch an den Hochschulen sind von den Professoren gegen die Gewerkschaften gearbeitet. Daher ist es zu erklären, daß die Studierenden härter als Berufsbeamte gegen die christlichen Gewerkschaften eingenommen sind und die gelben Gewerkschaften fördern. Dann strebt man auch eine Verstärkung des Arbeitswillens zu erreichen. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat die Arbeitslosenunterstützung eingeführt. Wir haben es bis jetzt nicht getan. Wir wollen einmal abwarten, welche Erfahrungen der „Deutsche Bauarbeiterverband“ damit macht. Sollte sie sich als zweckmäßig erweisen, dann haben wir immer noch Zeit, diese Unterstützung auch einzuführen. In dem „Deutschen Bauarbeiterverband“ sind noch viele organisiert, die eigentlich zu uns gehörten. Unsere Aufgabe muß es sein, diese in unsere Sache zu gewinnen. Der größte Teil der im Bauhandwerk beschäftigten Arbeiter ist noch nicht organisiert. Wir wollen hoffen und darum mitarbeiten, daß dieser Verband am Jahreschluß 1914 die 50.000 Mitglieder überschritten hat. Zu der Diskussion betonte der Vorsitzende besonders, daß wir als christlich organisierte unser Selbstbewußtsein stärken müssen. Nebenher liest einen Artikel aus dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ Nr. 3, Seite 41, welcher auch von dem Selbstbewußtsein handelt. Es heißt da am Schlusse des Artikels aus einem Schreiben des Dr. J. Schönerer: „Soll aber der sozialdemokratisch organisierte Arbeiter vor der Ueberzeugung des liberalen oder christlichen Arbeiters größere Achtung gewinnen, so ist noch zu bedenken, daß dieser mit weit mehr Selbstbewußtsein und Nachdruck seine Ueberzeugung bekundet und für sie eintritt, als dies vielfach jetzt der Fall ist.“ Dieses Selbstbewußtsein soll aber keine Selbstüberhebung werden. Das Selbstbewußtsein der Sozialdemokraten wurzelt hauptsächlich in der Masse ihrer Bewegung und weil ihre Bewegung schon eine Reihe von Jahren hinter sich hat. Das Bewußtsein, das uns stärkt, muß sein: unbedingtes Vertrauen in die Bewegung und unerschütterlicher Glaube an ihre Zukunft. — Unter Verschiedenes wurde noch der Anfang erwähnte Unglücksfall besprochen. Dieser letzte Unglücksfall beweist, daß wir bei solchen großen Unfallereignissen besonders vorsichtig zu Werke gehen müssen. Es handelt sich hier um den Neubau einer Kohlenwäsche der Beche Graf Bismarck. Es sind an diesem Neubau von acht Arbeiter verunglückt, davon vier tödlich. Für die dort beschäftigten Leute muß die Parole sein: Strengste Ausführung der Unfallverhütungsvorschriften! Nachdem Kollege Bed-Gesellkirchen zu diesem Punkte auch noch das Wort erlitten hatte, wurde die Versammlung geschlossen.

**Glotten a. d. Mosel.** Am 15. Februar fand in diesem Lokal des Herrn Schneider unsere Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Auch war Kollege Frink-Koblenz anwesend. Den Kassenbericht gab der Kassierer R. Neef. Die Einnahme im 4. Quartal betrug 287 M., die Ausgabe 32 M.; die Einnahme im ganzen Jahr betrug 1367 M., die Ausgabe 99,60 M., mithin wurden im ganzen Jahr 1267,40 M. an die Verwaltungsstelle abgeschickt. Die Mitgliederzahl ist von 3 auf 60 gestiegen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Nachdem Kollege Frink einen sehr beifälligen aufgenommenen Vortrag gehalten hatte, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Gewählt wurden: als erster Vorsitzender R. Hülsen, als Kassierer Alex Steffens, als Schriftführer J. Thomas, als Revisoren die Kollegen Wolf und Lemens, als Hauskassierer für Rochem K. Freyzen, für Glotten W. Fröhlich, für Gond P. Hölzenbein, für Pommern A. Häler und für Ballwig Joh. Laus. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Es wurde dann einstimmig beschlossen, in Zukunft die Zahlstelle in Zahlstelle Rochem zu manennen, weil Rochem der Arbeitsort der meisten Kollegen ist. Nach einem warmen Schlußappell an alle Kollegen wurde die sehr gut verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden R. Hülsen geschlossen.

**Curau (Ostpr.).** Das Wahlergebnis in unserer Generalversammlung am 1. Februar war folgendes: Als

1. Vorsitzender Hermann Will (Zimmerer) aus Curau (wiedergewählt); als Kassierer Ferdinand Holz (Maurer, neugewählt); als Schriftführer Anton Wolkowitski (Zimmerer, neugewählt); als Hauskassierer Eduard Wolkowitski; als Revisoren August Harwardt und Franz Holz (sämtlich aus Curau, neugewählt). Der Vorsitzende, Kollege Will, gab den Jahresbericht für 1913. Daraus ging hervor, daß das verlossene Jahr ein gutes für die Berufskollegen gewesen ist. Dies zeigte sich auch in der Beitragszahlung. Die Kollegen sprachen dem Kollegen Will ihren Dank aus für die eifrige Agitation, die er im Jahre 1913 geleistet hat, und die auch nicht ohne guten Erfolg geblieben ist. Kollege Liebnitz-Königsberg richtete in einem 14stündigen Vortrag an die Kollegen die Bitte, immer noch fester zusammenzuhalten und den Vorständen nicht unnötige Bemühungen zu bereiten. Kollege Liebnitz erhielt am Schlusse seines Vortrages von den Kollegen reichen Beifall. Nach dem Vortrage wurde eifrig diskutiert, wie die Aufgaben, die unser in diesem Jahre harren, am besten erledigt werden können. Der dabei gezeigte gute Wille der Kollegen läßt uns hoffen, daß unsere Arbeit der Erfolg nicht verjagt bleibt.

**Szarnowanz.** Am Sonntag, den 15. Februar, fand unsere Generalversammlung statt, welche leider nur von wenigen Kollegen besucht war. Auf der Tagesordnung standen: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende gab einen Ueberblick über die Ereignisse des letzten Jahres innerhalb unserer Zahlstelle. Kollege Stotta erstattete den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Aus der Wahl gingen folgende Kollegen hervor: Michael Sydlo 1., Johann Golombek 2. Vorsitzender; Thomas Stotta 1., Thomas Niedworol 2. Kassierer; Stanislaus Niedworol 1., Kaspar Sczepurek 2. Schriftführer; Revisoren Peter Bend und Anton Mohlo. Zum Schlusse wurden die Kollegen aufgefordert, im kommenden Jahre an der Entwicklung unserer Zahlstelle nach Kräften mitzuarbeiten.

**Enskirchen, den 14. Februar 1914.** Unsere Verwaltungsstelle hielt heute die Jahresgeneralversammlung ab. Anschließend an den Kassenbericht vom 4. Quartal gab Kollege Velben den Jahresbericht. Aus demselben ist folgendes hervorzuheben: Am Schlusse des Jahres 1912 betrug die Mitgliederzahl 72. Aufgenommen wurden 52, zugereist sind 7, aus anderen Organisationen zu uns übergetreten sind 5, abgereist 4, abgemeldet 8, unbekannt abgegangen 12; es bleibt mithin ein Mitgliederbestand von 112. Verkauft wurden 52 Eintrittsmarken, 1318 Agitationsmarken, 2738 Beitragsmarken, 19 Arbeitslosenmarken, pro Mitglied wurden durchschnittlich 32 Beitragsmarken und 20,01 M. entrichtet. 81 Kollegen haben die Beiträge voll geleistet. Die Reineinnahme betrug 1888,85 M., die Ausgabe 1907,89 M. An Krankenunterstützung wurden 64,10 M., an Sterbeunterstützung 36 M. gezahlt. Die lokalen Ausgaben betrugen 532,62 Mark. In die Zentralkasse wurden 1767,12 M. gesandt. Versammlungen wurden 6 abgehalten, Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen 5. Der Bezirksleiter, Voll. Lange, hob hervor, daß der Vorstand und die Vertrauensmänner sehr umsichtig und pflichtgetreu gearbeitet hätten, und sprach dafür den Dank aus sowohl im Namen aller Kollegen, als auch seitens der Bezirksleitung. Einstimmig wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt, und zwar: Kollege Jahrbänder als 1. Vorstand, Dormagen als 2. Vorsitzender, Velben als 1. und Kurth als 2. Kassierer, Stümper als 1. und Schuhmacher als 2. Schriftführer, die Kollegen Schönte und Jaf. Schmitz als Beisitzer, der Kollege Stümper junior als Revisor wieder- und Kollege Weisfischen neugewählt. Als Delegierte zum sozialen Ausschuss wurden die Kollegen Dormeyer und Theelen, als Vertreter Schuhmacher und Kurth gewählt, zu Kartelldelegierten die Kollegen Dormeyer, Kurth und Weisfischen. Alle Gewählten erklärten, die Wahl anzunehmen und für die Gesamtheit — die Organisation — zu wirken. Hierauf berichtete Kollege Lange über die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters gepflogenen Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages. Ueber die allgemeinen Bestimmungen des Vertrages sei anscheinend eine Einigung erzielt. Strittig seien noch die Arbeitsteilung im Winter, die Lohnhöhe und einige weniger bedeutende Punkte. In der Lohnfrage hätten die Unternehmer kein Angebot gemacht, darüber wollten sie erst beschließen und den Beschluß dem Bürgermeister mitteilen, wonach dann weitere Verhandlungen stattfinden sollen. Er mahnte, alles daranzusetzen, um den letzten Unorganisierten der Organisation zuzuführen, und bei der nächsten Versammlung vorzukommen, da dann jedenfalls über das Angebot der Unternehmer Beschluß zu fassen sei. Im Punkt Verschiedenes wurde der Beschluß vom vorigen Jahre erneuert, wonach dem Hauskassierer 3 Proz. der Einnahme und am Jahreschlusse pro Marke 1 Pf. vergütet werden soll. Da ab 1. April zweifellos eine Erhöhung des Lohnes eintreten wird, wurde einstimmig beschlossen, den um 5 Pf. zu erhöhenden Beitrag bereits ab 1. März zu heben. Hierauf schloß Kollege Jahrbänder die Generalversammlung.

**Seimerstheim.** Der in der Generalversammlung neugewählte Vorstand unserer Zahlstelle setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Johann Gräber 1. Vorsitzender, Mathäus Schuster, 2. Vorsitzender, Andreas Verb. 1. Kassierer, Wozis Reumeyer, 2. Kassierer, Johann Fabelbeck 1. Schriftführer, Karl Ruff, 2. Schriftführer, August Ruff und Anton Sterr Revisoren. Das Amt des Hauskassierers übt der 1. Kassierer aus.

**Heiligenstadt.** Am 15. Februar hielt die hiesige Zahlstelle der christlichen Bauarbeiter ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Karl Lins, eröffnete die Versammlung mit einem kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr. Für die kräftige Hilfe des Kollegen Zumbrodt-Samhaber sprach er diesem den Dank aus. Kollege Lins legte sein Amt als Vorsitzender nieder. Aus der Neuwahl gingen hervor: erster Vor-

sitzender Gustav Köhler, zweiter Franz Kaffer; Kassierer Anton Maas; Schriftführer Georg Becker; Revisoren Karl Lins und Peter Dräger. Im Punkt Verschiedenes sprach Kollege Göbel über die Westdeutschen Arbeitervereine und deren soziale Einrichtungen, Kranken- und Sterbekassen. Ein jeder katholischer Kollege müßte Mitglied des katholischen Männervereins (Sitz M.-Glabach) in Heiligenstadt werden. Mit dem Wahlspruch: Leicht ist die Schwache Kraft des einzelnen gebrochen, vereinte Kräfte kann man niemals unterjochen, schloß Kollege Köhler die gut besuchte Versammlung.

**Karlsruhe.** Am Sonntag, den 15. Februar, fand die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Karlsruhe mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl, 4. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung war auch unser Bezirksleiter, Kollege Heurich, erschienen. Er referierte kurz über die innere und äußere Organisationsarbeit der Verwaltungsstellen, und zeigte, daß zum Gedeihen einer Verwaltungsstelle nicht nur das einige Zusammenarbeiten der Vorstandsmitglieder erforderlich sei, sondern daß jeder Kollege sowohl in der Organisations-, wie auch in der Agitationsarbeit sein Möglichstes leisten muß. Sodann gab der Vorsitzende einen kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr. Er streifte die Tarifverneuerung, welche den Kollegen wertvolle Verbesserungen brachte durch Lohnhöhung und einhäufstündige Arbeitszeitverkürzung im dritten Vertragsjahre. Allerding's hatten wir gehofft, die Arbeitszeitverkürzung gleich im ersten Jahre zu bekommen. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, daß sie sich bei den sozialen Wahlen in Zukunft besser betätigen sollten. Zum Schlusse dankte er allen Kollegen für ihre treue Mitarbeit im verlossenen Jahre. Sodann erstattete der Kassierer den Kassenbericht, der ein erfreuliches Bild aufwies. Die Neuwahl wurde per Akklamation vorgenommen. Sämtliche Vorstandsmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Nachdem noch verschiedene Wünsche zur Annahme gelangt waren, wurde die schon verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf unseren Verband geschlossen.

**Kaiserslautern.** Die Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle fand am Sonntag, den 15. Februar, statt. Dieselbe war erfreulicherweise sehr gut besucht. Auch unser Bezirksleiter, Kollege Hiltensbrand-Saarbrücken, war erschienen. Auf der Tagesordnung standen: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Erledigung von Anträgen, 3. Vorstandswahl, 4. Vortrag. Der vom Vorsitzenden Kollegen Hiltensbrand erstattete Jahresbericht ergab, daß die Bautätigkeit bis zur Mitte des Berichtsjahres sehr schlecht gewesen ist. Erst im Nachsommer setzte die Bautätigkeit flott ein. Der Bau einer neuen Kaserne, Errichtung einer Eisenbahnwerkstätte, sowie verschiedene sonstige Neubauten boten bis zum Jahreschlusse hinreichende Beschäftigung. Diese Festigung der Bautätigkeit begünstigte auch die Agitation. Es wurden insgesamt 68 neue Mitglieder gewonnen. Am Jahreschlusse zählte die Verwaltungsstelle 75 Mitglieder. Die Gesamteinnahme betrug 1531,80 M., gegenüber dem Vorjahre ein Mehr von 521,10 M. In den Vorstand wurden gewählt: Johann Kauter-Saarbrücken Vorsitzender, Karl Weber-Kaiserslautern, Wilhelmstr. 19, Kassierer, Kollege Wilhelm Hiltensbrand Schriftführer. Außerdem gehören die Vertrauensleute der einzelnen Zahlstellen zum Vorstand. Zum Schlusse der Versammlung hielt Kollege Hiltensbrand einen sehr lehrreichen Vortrag über die wirtschaftspolitische Lage, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Versammlung endigte mit dem Gebührenden, auch im neuen Jahre mit allem Eifer für den christlichen Bauarbeiterverband zu arbeiten.

**Pödingen in der Pfalz.** Am Sonntag, den 15. Febr., fand die Fortsetzung unserer Generalversammlung statt. In der ersten, die am 13. Januar stattfand und zu der Kollege Hiltensbrand erschienen war, konnte die Vorstandswahl nicht vorgenommen werden. Der 1. Vorsitzende lehnte eine Wiederwahl ab. Es war auch kein anderer Kollege da, der den Posten annehmen wollte. So ging es am 15. Februar wieder. Sämtliche Kollegen stellten sich dann auf den Standpunkt, überhaupt nicht zu wählen, wenn der 1. Vorsitzende wieder ablehne. Der Vorsitzende, Kollege Nagelbinger, sah ein, daß, wenn er nicht annehme, dann das, was er in zehn Jahren hat bauen helfen, zusammenfallen würde. Aus diesem Grunde nahm er die Wahl an und dankte den Kollegen für das Vertrauen. Sämtliche Stimmen lauteten in der Wahl auf Nagelbinger. Nun konnten auch die übrigen Vorstandsämter besetzt werden. Der Ausschuss setzt sich nun wie folgt zusammen: Nagelbinger 1., Joh. Rathäus I 2. Vorsitzender, Philipp Rathäus Schriftführer, Otto Maurer Kassierer, Joh. Rathäus II und G. Herzenstiel Revisoren, Lud. Theobald, Frz. Kieder, Julius Diemer und Adam Eger Beisitzer, Schlichtungs- und Lohnkommissionsmitglied bleibt das bisherige. Es wurde dann über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit gesprochen. Der Vorsitzende gab den Kollegen hierüber genaue Auskunft. Im Punkt Verschiedenes wurde beschloffen, die Beiträge von 60 auf 70 Pf. zu erhöhen. Ueber Winter muß jeder Kollege 13 Lokalmarken à 10 Pf., und in den neun Beitragsmonaten je eine Lokalmark à 10 Pf. heben. Diejenigen Kollegen, die ihre volle Pflicht in jeder Hinsicht getan haben, wozu auch der Versammlungsbefuch gehört, erhalten im Falle einer Erkrankung für die Woche 2 M. Nach einem kräftigen Schlußwort des Vorsitzenden, der die Kollegen ermahnte, daß sie alle Agitatoren sein sollten und mithelfen möchten an dem weiteren Ausbau der Verwaltungsstelle und des Verbandes, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf unseren Verband geschlossen.

**Mühlheim am Rhein.** Am 14. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Gegen 1/9 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende, Kollege Butterwege, die Versammlung. Zunächst warf er einen kurzen Rückblick auf das Jahr 1913 und dankte allen treuen Kollegen für ihre eifrige Mitarbeit, dabei dem Wunsch Ausdruck gebend, daß die Kollegen auch in diesem Jahre ihre ganze Kraft einsetzen für unsere gute

Sache. Sodann verlas er ein Schriftstück von dem Verwaltungsvorstand, worin den Kollegen klargestellt wurde, daß sich in diesem Jahre unser Beitrag um 5 Pf. erhöhen müsse. Nach dem Jahresbericht wurden drei Neuaufnahmen vollzogen. Dann erfolgte der Kassenbericht. Die gesamten Einnahmen betragen 1835,85 M. In die Hauptkasse wurden eingelangt 1667,47 M. Der Bestand der Lokalkasse beträgt 54,49 M. Diese Zahlen zeigen, daß die Zahlstelle Wülheim in der christlichen Bauarbeiterbewegung einen guten Schritt vorangekommen ist. Nun kam man zur Vorstandswahl. Es wurde ohne jegliche Veränderung der alte Vorstand wiedergewählt. Sämtliche Vorstandsmitglieder nahmen die Wahl wieder an und versprochen, nach Pflicht und Gewissen ihre Ämter weiter zu verwalteten. Hierauf forderte der 1. Vorsitzende die Kollegen auf, in diesem Jahre die Versammlungen recht eifrig zu besuchen, in denen die Kollegen aufgeklärt würden über ihre Rechte und Pflichten. Zur Lokalfrage wurde einstimmig beschlossen, das alte Lokal beizubehalten. Dann kam Kollege Löffelholz zu Wort. Er hielt uns einen sehr schönen Vortrag über die Entstehung und Zusammenfassung der Gewerbevereine, wobei er nähere Erklärungen über die Gewerbevereine gab. Nach Erledigung einiger innerer Verbandsangelegenheiten schloß der 1. Vorsitzende gegen 11 1/2 Uhr die Versammlung.

**Ortelsburg. (Berichtigung.)** In Nr. 6 der „Baugewerkschaft“ muß es in dem Bericht von Ortelsburg heißen: Jahreshierunterstützung 3,90 M., nicht 390 M.

**Röthenbach b. Lauf.** Am Sonntag, den 22. Februar, fand hier eine christliche Bauarbeiterversammlung statt zwecks Gründung einer Zahlstelle. Kollege Wehringer aus Nürnberg hatte das Referat übernommen. Seinen über eine Stunde dauernden, sachlichen Ausführungen ist es gelungen, eine Zahlstelle hier zu gründen. Aus der Wahl gingen hervor die Kollegen Max Sched, Maurer, als Vorsitzender, Michael Semilian, Zimmermann, als Kassierer, als Schriftführer der Kollege Jos. Eger, Zimmermann, die Kollegen Georg Streber und Johann Jäch, beide Maurer, als Revisoren und zugleich als Beisitzer. Die Versammlung war voller Begeisterung und versprachen, eifrig mitzuarbeiten, damit sich die Zahlstelle bald vergrößere. Nach einem warmen Appell an alle Kollegen und dem Dank an Kollegen Wehringer wurde die schon verlaufene Versammlung geschlossen.

**Schwet a. S.** Im Oktober v. J. trat hier eine Anzahl Bauarbeiter unserem Verbands bei. Diese waren zum Teil schon mehrere Jahre Mitglied im sozialdemokratischen Bauarbeiterverbande. Den Anstoß zum Uebertritt gab ein Terroristenmord, der sich auf dem Kasernenbau ereignete. Ein Mitglied unseres Verbandes aus Schwetmühl mußte auf Drängen der Leitung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes, der sozialdemokratischen Organisationsleiterin, aber auch noch andere Umstände hatten mangelhaft, den Schwetzer Kollegen die Augen zu öffnen. In den von den Genossen bezeichneten sogenannten „schwarzen Gegenben“ versteht man es nicht, sich das neutrale Mäntelchen anzuhängen. Der Genosse Mendowski, früher in Graudenz, jetzt in Bromberg, war ein Meister in dieser Kunst. Aber der Krieg geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Die Schwetzer Bauarbeiter hatten schon seit geraumer Zeit eingesehen, daß ihr Platz nicht in einem Verbands sein kann, wo ihre ständigen Anschauungen mit jenen getreten werden. Um noch zu retten, was zu retten ist, zog man schon im Herbst, als noch die letzte Beitragswoche gefloht war, sämtliche Mitgliedsbücher ein, welche man auch bis heute den Mitgliedern noch nicht wieder ausgehändigt hat. Hierdurch will man den Kollegen den Uebertritt zu unserem Verbands erleichtern. Daß die Genossen hiermit kein Glück haben, wird die Zukunft lehren. Da nun der Schwetzer Tarifvertrag wegen Beanstandung der Zentralbehörde noch nicht genehmigt war, so wurde, um die Beanstandungen zu beseitigen und vor allem, um die Arbeit zu regulieren, am Donnerstag, den 12. Februar, nach einmal örtlich in Schwet verhandelt. Unsere Bezirksleitung stellte nun an den Arbeitsgeber der Arbeitgeber für Westpreußen das Ersuchen, unser Verbands als Vertragskontrahent für Schwet mit zuzulassen, welchem Verlangen auch stattgegeben wurde. Kollege Dehner, welcher im Auftrage der Bezirksleitung hierher nach Schwet fuhr, wurde aber auf Verlangen des Genossen Mendowski von den Verhandlungen ausgeschlossen, weil man unseren Verbands in Schwet als Vertragskontrahent nicht anerkennen konnte. Aber jetzt der sozialdemokratische Bauarbeiterverband in Schwet heute keine zwei Duzend Mitglieder mehr. Inzwischen ist von der Leitung des westpreussischen Verbands an den Arbeitgeber allein abgeschlossen. Am Donnerstag, den 26. Februar, fand heute unseres Verbandes eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu welcher auch Kollegen geladen waren, welche zu überreden wollten. Nachdem der Genosse Mendowski telefonisch hiervon erfahren hatte, stellte auch er sich ein. Die Kollegen wurden nur in das sozialdemokratische Verbandsmitglied bestellt, welchem Anz jedoch nur so viel gesagt wurde, daß man eine Partie Glas oder gar ein Schnitzmesser spielen konnte. Mendowski glaubte daher in unserer Versammlung seine Wünsche loslassen zu müssen, was ihm jedoch nicht gelang, da ihm die Gelegenheit hierzu entzogen wurde. Zum Uebertritt in unseren Verbands wurden sich an diesem Abend sieben Kollegen. In den Schwetzer Kollegen liegt es nun, weiter wie bisher eifrig für unsere gute Sache zu arbeiten, bis der letzte christliche Bauarbeiter unseres Verbandes beigetreten ist. Verbandssekretär ist der Kollege Augustus Kuberski, Ballstraße 21.

**Stuttgart.** Am Sonntag, den 15. Februar, hielt die Verwaltungsvorstand ihre diesjährige Generalversammlung ab. Kollege Krüttle, hier Tagesordnung bekannt: 1. Jahres- und Kassenbericht, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Erledigung der Anträge, 4. Bericht des Jahresberichts erstattet der Ver-

sitzende, Kollege Krüttle. Er wies darauf hin, daß zu Anfang des verfloffenen Geschäftsjahres sich schwere Gewitterwolken am Horizont des deutschen Baugewerbes zusammenzogen und dasselbe zu erschüttern drohten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer standen sich gerüstet bis an die Zähne gegenüber. Die Disziplin der Kollegen hat sich während dieser Zeit glänzend bewährt. Die Organisation kann mit dem Erfolg zufrieden sein, besonders wenn man die schlechte Konjunktur in Betracht zieht. Letztere hatte auch einen Rückgang der Mitgliederzahl am hiesigen Orte zur Folge, der aber wieder ausgemittelt werden mußte. Hierauf erstattete der Kassierer, Kollege Hämmerle, den Kassenbericht. Es folgte sodann, nachdem die Entlastung des Kassierers vorgenommen war, die Wahl des Vorstandes, der einstimmig wiedergewählt wurde, und zwar Kollege Krüttle als 1., Kollege Schöper als 2. Vorsitzender, Kollege Hämmerle als 1., Kollege Schüle als stellvertretender Kassierer, Kollege Ganz als Schriftführer, die Kollegen Haberstroh und Burkard als Revisoren. Alle Kollegen nahmen das Amt dankend wieder an. Anträge wurden folgende angenommen: Erhöhung des Wochenbeitrags um 5 Pf.; Entziehung von zwei Extrabeiträgen à 50 Pf. für die Bezirksverwaltung; den Kartelldelegierten wird eine kleine Entschädigung gewährt. Die Versammlungen finden von nun an monatlich statt, und zwar jeden ersten Freitag im Monat. Die Verwaltung erwartet, daß die Kollegen hiervon Kenntnis nehmen und die Versammlungen fleißig besuchen. Beim Punkt Verschiedenes machte Kollege Ganz die Mitglieder darauf aufmerksam, daß zurzeit besonders die Arbeitslosenversicherung im Vordergrund der sozialpolitischen Erörterungen stehe, und daß auch im württembergischen Landtage diese Frage eine wichtige Rolle spiele. Ein Zentrumsantrag auf staatliche Beihilfe an Gemeinden, die Arbeitslosenunterstützung auf rechtlicher Grundlage zu gewähren, wurde unter Zurückziehung eines sozialdemokratischen Antrags mit großer Mehrheit angenommen. Nebner kam dann auch auf den Bauarbeiterdank zu sprechen. In Köln sei ein Sekretariat, das ausschließlich diesem Zwecke dient, errichtet worden. Der Forderung um Anstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande muß dadurch der nötige Nachdruck verliehen werden, daß die einzelnen Mißstände dem Bezirkssekretariat und von hier aus dem Bauarbeiterschutzesekretariat in Köln übermittelt werden, um auf diese Weise der Öffentlichkeit mit Material dienen zu können. Gerade in dieser Beziehung herrschen in Württemberg noch die krassesten Mißstände. Es ist an der Zeit, daß hier die schwäbische Gemütslichkeit aufhört und Klemmer geschaffen wird. Denn es darf unmöglich so weitergehen, daß man fortgesetzt das Leben und die Gesundheit der Arbeiter auf frivole Weise aufs Spiel setzt, damit der Unternehmergewinn, der trotz der sonderbarsten Submissionsblößen noch herauskommen soll, ja nicht gefährdet wird. Anschließend hieran fand eine lebhaft diskutierte Sitzung statt. Bei vorgeschrittener Stunde schloß der Vorsitzende, nochmals den Kollegen für ihr Erscheinen dankend, die Versammlung. Den Kollegen sei auch von dieser Stelle aus zugerufen: Auf zur Arbeit! Werde neue Kämpfer für unsere Reihen, damit der Wehrschuß, den die Unternehmer auf alle mögliche Art und Weise zusammengetragen, an der Geschäftigkeit der organisierten Arbeiterbewegung wirkungslos abprallt. Deshalb auf zur Tat!

**Steinhagen.** Unsere Generalversammlung am 14. Februar erledigte folgende Punkte: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Die Abrechnung war von der Zentrale und den Revisoren für richtig befunden, und wurde dem Kassierer die Entlastung erteilt. Die Verwaltungsvorstand Steinhagen hatte am Schlusse des Jahres 1912 27 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden 7, vom Militär abgegangen 2, übergetreten 2, insgesamt 38. Von diesen sind abgereist 4, zum Militär eingetreten 1, Gesamtbestand 33; somit verblieben am Jahreschlusse 1913 33 Mitglieder. Davon sind 26 Maurer und 7 Bauhilfsarbeiter. Marken wurden verkauft: Eintrittsmarken 7, Lokalfondsmarken à 10 Pf. 344, Beitragsmarken à 55 Pf. 206, à 65 Pf. 875, à 75 Pf. 68, Arbeitslosenmarken à 25 Pf. 20. Die Reineinnahme der Verwaltungsvorstand betrug 722,80 M. Der Kassenbestand am Jahreschlusse 1912 war 106,27 M.; das ergibt eine Gesamteinnahme von 829,07 M. Die Gesamtausgaben betragen 704,08 M. Somit verbleibt ein Kassenbestand von 125,04 M. In der Hauptkasse gelangt sind 588,39 M. Krankenunterstützung wurden 22,05 Mark ausgezahlt, Militärunterstützung 9 M. Die lokalen Ausgaben betragen 233,54 M. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender A. Harbid, als 2. A. Brinmann, als 1. Schriftführer B. Schläpman, als 2. H. Straßhahn, als 1. Kassierer W. Karlemer, als 2. H. Greifenfordt, als Revisoren August und Heinrich Brinmann, als Hauskassierer Brinmann, Koppensbrink und Greifenfordt, als Kartelldelegierte Schläpman und Harbid. In der Versammlung wurde das Flugblatt „Hilflos und hungernd“ verteilt. Mit der dringlichen Mahnung zu eifriger Mitarbeit und besserem Versammlungsbesuch schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

**Sierubheim.** Am 31. Januar fand im „Gasthaus zum grünen Baum“ beim Kollegen Michael Hoot unsere Generalversammlung statt. Derselbe war gut besucht; auch der Bezirksleiter, Kollege Schleicher aus Frankfurt, und der Lokalbeamte, Kollege Karl Schäfer aus Mannheim, waren erschienen. Da unser 1. Vorsitzender Nikolaus Schmitt krank war, so leitete der 2. Vorsitzende Michael Hoot die Versammlung. Er begrüßte die Kollegen und erteilte dem Kassierer Johann Helbig das Wort zur Ablegung des Rechenschaftsberichtes vom Jahre 1913. Es wurden in barem Gelde an die Verwaltungskasse Mannheim geschickt 1549,02 M. An Krankengeld wurden in 29 Fällen ausbezahlt 404,05 M., an Sterbegeld in einem Fall 60 M., an Militärunterstützung in einem Fall 4 M.; das macht eine Gesamtausgabe von 2017,07 Mark. Die Lokalkasse hatte nach Jahreschlusse ein Verbandsbeitrag von 281,39 M. Da vom Bezirksleiter Schleicher der Jahresbeitrag von 2017,07 M. und der Bezirksleiter dankte

dem Vorstande für sein gutes Zusammenarbeiten. hielt Kollege Schleicher einen Vortrag über das Geschäftsjahr 1913. Er stellte klar, wie die christlichen Gewerkschaften auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebietem Fortschritte gemacht haben. Besonders ist er, daß die christlichen Gewerkschaften und die lokalen Arbeitervereine fest zusammenhalten sollen von der Versammlung mit Begeisterung aufgenommen wurde. Auch erinnerte er die Kollegen an die Organisation und an die Hausagitation. Dann die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Es wurde gewählt: Nikolaus Schmitt 1. Vorsitzender, Nikolaus Helbig 2. Vorsitzender, Johann Helbig 1. Kassierer, Johann Mandel 2. Kassierer, als Beisitzer die Kollegen Falkenhäuser, Belz, Lang, Bugert, Helbig und als Revisoren Adam Martin, Alexander Weidner, Jakob Bauer. Nach der Wahl gab der Lokalbeamte Kollege Schäfer einen Bericht über die Agitation erteilte die Kollegen, auch im neuen Jahre arbeiten wie im alten. Zum Schlusse forderte der Vorsitzende die Kollegen zur Mitarbeit auf und schloß einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die Versammlung.

**Bauhilfsarbeiter.**

**Berlin.** Unsere Generalversammlung, welche am 14. Februar stattfand, hatte folgende Gegenstände der Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Anträge. 4. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Nikolaus Helbig, erstattete, schilderte einleitend die wirtschaftliche Lage des vergangenen Jahres unter Berücksichtigung der äußerst schlechten Konjunktur im hiesigen Baugewerbe. Wenn aber trotz der großen Arbeitslosigkeit unsere Zahlstelle ihre Mitgliederzahl gehalten hat, so haben damit unsere Kollegen den Beweis Treue und Anhänglichkeit an die Organisation an den schwierigsten und allererschwerendsten Verhältnissen gebracht. Versammlungen hat die Zahlstelle neun gehalten. In jeder derselben wurde ein Vortrag gehalten. Der Besuch der Versammlungen ließ zu wünschen übrig. Es muß anders werden, die Kollegen müssen möglichst immer die Versammlungen besuchen, und Mitglieder sollte sich in diesem Jahre bemühen, wenn ein neues Mitglied dem Verbands zuzuführen. Mit Ermahnung und Aufforderung schloß Kollege Thora Bericht. In der Diskussion wurde hervorgehoben, vielfach niedrigere Löhne gezahlt wurden, als im Vertrag festgesetzt ist, was sich daraus erklärt, daß Unternehmer nicht organisiert sind und sich deshalb nicht an den Vertrag halten. Die Vorstandswahl folgendes Ergebnis: Paul Thora erster, Rob. Schwab zweiter Vorsitzender; Joseph Kirjester, Thora zweiter Schriftführer; Jul. Lehmann Beisitzer; Thora Schwenke und Max Batowial Kartelldelegierte; Thora und Pade Turkontrollen. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde des längeren debattiert über die Erhöhung des Lokalfonds von 10 auf 15 Pf. Die Generalversammlung war der Meinung, da die Notwendigkeit nicht zu leugnen ist, so werden wir wohl nicht daran bestanden. Es wurde einstimmig ein Antrag angenommen, daß bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag auch die Fliesenleger- und Dachdeckerhilfsarbeiter, an der Wahl des Bauhilfsarbeiter-Delegierten zu beteiligt haben. Nachdem im Verschiedenen noch der Wunsch geäußert wurde, in den Versammlungen möchte die gliederliste ausliegen, und beim Bau unseres Verbandsheuses möchten unsere Steintäger das Material beschaffen ohne Fahrstuhl, legte der Vorsitzende den Kollegen, besonders den neuen Vorstandsmitgliedern, Herz, treu und gewissenhaft ihre Pflicht zu erfüllen es sich für einen christlichen Gewerkschaftler geziemt, unsere gute Sache erfordert.

**Bimmeter.**

**Stöppenburg.** Unsere Zahlstelle, welche im vorigen Jahres gegründet wurde und mit sieben Mitgliedern ihren Anfang nahm, allmählich auf 14 dann auch wieder bis auf 11 zurückging, zählt wieder 13 Mitglieder. Die am Sonntag, den 15. Februar, hier abgehaltene Versammlung war fast zählig besucht. Es wurde dann verhandelt über die Schaffung eines Lohn- und Arbeits-Tarifes. Da Lohn für Zimmerer noch auf 40 bis 43 Pf. steht, davon 1,80 bis 2 M. pro Tag für Kost und Logi Abzug kommen, wurde von den Kollegen beschlossen, alle Zimmermeister die Forderung zu richten, für Folgezeit einen Mindestlohn von 50 Pf. pro Tag zahlen zu wollen. Da hier bereits sämtliche Zimmerer unserem Verbands angehören, glauben wir ohne große Schwierigkeiten zu einem Tarifvertrag zu kommen.

**Was man so leicht vergißt**

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet schreibe man uns: Es tut einem oft in der Seele weh, wenn man seinen Agitationsarbeiten immer wieder von Unorganisierten den Vorwand hört, die Organisation hat für keinen Zweck. Diese Ausrede wäre aber noch zu stehen, sie müßte auf das Konto der Unwissenheit geschrieben werden. Wenn aber selbst Kollegen, die seit langer Zeit Mitglieder sind, solche und ähnliche Gedanken die Diskussion werfen, so kann man dieses nicht ungesprochen lassen. Man hört solche Äußerungen besonders dann, wenn es sich um naturliche Beitragserhöhungen handelt.

werden immer wieder die hohen Beitragssätze hervor-  
gehoben, aber nicht die durch die gezahlten Beiträge  
erzielten Erfolge, ob sie nun materieller oder  
moralischer Art sind. Die Kollegen würdigen nur immer  
den materiellen Erfolg. Sie sehen den Baum der Organi-  
sation nur, wenn er mit Früchten beladen ist, daß er  
auch ein schützendes Obdach bei Sturm und Regen  
bietet, darüber denken die wenigsten nach.

Wir wollen im nachstehenden versuchen, die zunächst  
in die Augen fallenden Werte und Erfolge, die die Organi-  
sation seit ihrem Bestehen den Mitgliedern gebracht hat,  
kurz zusammenzufassen. Es ist kaum möglich, alle Errungenschaften  
in diesem Rahmen genügend zu kennzeichnen. Meines  
Erachtens hat Dr. Sinsheimer das Richtige getroffen,  
als er auf der Tagung der Gesellschaft für Soziale Re-  
form in Düsseldorf ausführte: „Die Organisationen haben  
durch die Tarifverträge im Wirtschaftsleben  
geschaffen, welches der Staat nur noch mit seinem Schutz  
umgeben braucht.“ Doch ehe es zu diesem großen  
Erfolge kam, mußten wahrlich viele kleine und große  
Erfolge beseitigt werden. Blicke wir heute zurück  
auf die vergangenen einmal den Gang der Dinge, wie sie sich  
bei kleinen und großen abgespielt haben.

Man nimmt heute wöchentlich beim Jahrtag die  
Scheine in die Hand und denkt gar nicht daran, daß  
auch schon einmal anders war. Mußte man früher  
oft nach Feierabend, der nebenbei gesagt um 8 Uhr  
noch eine halbe Stunde und mehr laufen, um sich  
den Lohn im Hause des Unternehmers abzuholen. Die  
Arbeitsperiode war fast überall vierzehntägig und  
langer, dabei blieben auch noch immer 3-5 Tage stehen.  
Nicht nur das Arbeitsuchen nicht sehr leicht, zumal im  
Winter, wenn der Zustrom der ländlichen Kollegen  
sehr groß war. Wie oft mußte man nicht mit seiner  
Kofferkiste mehrere Städte und Orte aufsuchen,  
bis man das Ziel erreicht hatte. Heute gehen die Kollegen  
im Bureau, um sich freie Arbeitsstellen angeben zu  
lassen. In vielen Fällen werden sie auch schon in der  
Stadt über die Konjunkturverhältnisse benachrichtigt.  
Welcher Vorteil liegt nicht schon in dieser Arbeitsver-  
mittlung, zumal das von Hause mitgebrachte Geld ge-  
winnlich für die Reise und eine Woche Verköstigung ab-  
zählt ist.

Die zwölf- und dreizehnstündige Arbeitszeit ließ dem  
Arbeiter kaum Zeit, sich seine notwendigen Lebensmittel  
anzuschaffen, geschweige denn für seine Person oder, wenn  
er verheiratet war, für seine Familie etwas zu tun.

Auf der Baustelle kannte man von Arbeiterschutz  
nichts. Eine geschlossene, dichte Baubude  
war es selten. Seine Notdurft mußte man oft an einem  
gelegenen Graben oder Rain verrichten. Wenn unsere  
älteren Kollegen heute vielfach mit Gicht und Rheumatis-  
mus behaftet sind, so ist nicht an letzter Stelle das Nicht-  
Vorhandensein einer Baubude mit einem heizbaren Ofen,  
an dem man die nassen Kleider hätte trocknen können,  
zu schuld.

Von den damaligen Löhnen wollen wir nicht viel  
sagen, weil die hierin erzielten Verbesserungen eher in  
der Zukunft liegen. Auf eins darf aber hingewiesen  
werden. Die Stundenlöhne sind seit 10-12 Jahren,  
seit das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Frage  
kommt, im Durchschnitt um 20 Pf. erhöht worden. Hier  
ist aber nun der moralische Wert der Tarifverträge  
nicht geringer eingeschätzt werden, als der materielle  
Gewinn. Wenn die Öffentlichkeit früher die Auffassung  
hatte, daß die Gewerkschaften Gruppen zerstörender, un-  
schlichter und unmantlicher Menschen seien, mit denen  
man nicht verhandeln könne, so hat sich dieser Standpunkt  
auf unsere Gunsten geändert, eben infolge des er-  
reichten Erfolges, das in den Tarifverträgen liegt und  
das die Gewerkschaften systematisch gefördert haben. Man er-  
kennt heute ziemlich allgemein an, daß die Gewerkschaftler  
die besten Elemente der Arbeiterschaft darstellen, die ver-  
nünftigsten und geistig regsamsten. Das aber erhöht das  
Ansehen der Arbeiter und stärkt ihr Ansehen in  
der Öffentlichkeit. Man denke nur an die Spannung in  
der Öffentlichkeit vor einer Tarifverneuerung. Die Kreise  
der Handwerker und Gewerbetreibenden atmen erleichtert  
auf, wenn der Abschluß eines Vertrages glücklich voll-  
zogen ist. Eine Tarifbewegung, wie wir sie heute im  
Baugewerbe haben, nötigt allen Ständen  
aufmerksamkeit ab. Wie würden sich unsere Kollegen in der  
Fabrikindustrie freuen, wenn sie mit ihren Arbeit-  
genossen im Reichstagsgebäude zur gemeinsamen Verhand-  
lung sich zusammenfinden könnten! Wer hätte noch vor  
einige Jahrzehnte geglaubt, daß uns die öffentlichen  
Gebäude, Parlamente und Rathhäuser, zur Erledigung  
unserer geschäftlichen Angelegenheiten in der Tarifpolitik  
zur Verfügung gestellt würden. Ja, diese moralischen  
Erfolge, die wir Bauarbeiter in der Öffentlichkeit  
erzielt haben, sind gar nicht hoch genug zu bewerten.

Auch nach der ethischen Seite haben wir Fortschritte  
gemacht. Das Blaumontagmachen hat fast ganz auf-  
gehört. Anstatt der schmutzigen Joten und Späße auf  
den Arbeitsplätzen, in den Pausen ist ein sachliches Dis-  
kutieren über die Zusammenhänge des gewerkschaftlichen,  
sozialen und Wirtschaftslebens getreten. Die Vertrauens-  
männer und auch viele Mitglieder sind Apostel in der Ver-  
teidigung christlicher Weltanschauung geworden. Unsere  
Fachorgane stehen sowohl nach der technischen als auch  
nach der stofflichen Seite auf der Höhe. Das Leben der  
Organe wird nicht durch sensationellen Aufbruch erzielt,  
sondern es wird an den denkenden Menschen appelliert.  
Der Verstand wird entwickelt. Die Versammlungen sind  
Bildungsstätten geworden, wo der Arbeiter sein berufliches  
und soziales Wissen schult und erweitert. Die Bildungs-  
bestrebungen der Organisation sind keineswegs erfolglos  
geblieben. Das sehen wir vor allem auch in der Geschäfts-  
führung des Verbandes. Welche hohe Anforderungen  
werden heute an die Vertrauensmänner und Beamten  
der Bewegung gestellt. Unversalmenischen müßten sie  
beinahe sein. Die Jahresberichte der Bezirksleitungen  
und Verwaltungsstellen legen Zeugnis davon ab, daß  
große und mannigfaltige Bildungsarbeit geleistet wor-  
den ist.

Mit dem Gesagten sind allerdings nur die mar-  
kanteiten Erscheinungen gezeichnet. Wenn oben vom  
Baume die Rede war, so darf man nicht vergessen, daß es  
außer den Ästen auch noch Wurzeln und Fasern gibt,  
deren Fäden sehr tief gehen und weit ausgebreitet sind.  
Die indirekten Werte und Erfolge der Organisation sind  
kaum alle zu erfassen, erst in einer späteren Zeit, wenn  
man den Gesamtkomplex der durch die Gewerkschaft aus-  
gelösten Wirkungen überblickt, dürfte das möglich sein.

So könnte noch manches andere angeführt werden,  
doch lassen wir es bei dem Gesagten bewenden und werfen  
nur noch einen kurzen Blick auf unsere Kassenverhältnisse.  
Wichtig ist, daß auch hier die Kollegen schon große Opfer  
gebracht haben. Aber es steht wohl außer Zweifel, daß  
eine starke Verbandskasse bei einer Lohnbewegung in  
Zukunft mehr Bedeutung hat, als alles Taktieren und  
Diplomatisieren. Nicht umsonst streben die Unternehmer-  
verbände nach einer gefüllten Streikunterstützungskasse.  
Nach den Kassenverhältnissen wird in Zukunft alles be-  
wertet und abgewogen werden. Hier ist nun bei uns  
noch manches nachzuholen. Bedenken wir wohl, daß der  
sozialdemokratische Bauarbeiterverband infolge der mit  
der Arbeitslosenunterstützung verbundenen Beitrags-  
erhöhung große Summen ansammeln wird. Wenn es  
da leider bei uns noch Kollegen gibt, die trotz der Er-  
rungenschaften und Erfolge der Organisation die statu-  
tarischen Beiträge nicht leisten wollen oder sogar noch  
Gegenagitation treiben, so sind dieses, gelinde gesagt,  
Schwächer, die kein Verantwortlichkeitsgefühl haben. Sie  
machen einen lächerlichen Eindruck, und man nimmt sie  
nicht ernst.

Mögen alle unsere Kollegen den Ernst und  
die Pflicht der Stunde wohl erkennen und besonders in  
der nun beginnenden Frühjahrstagitation ihren Mann  
stellen. Der Verband erwartet, daß ein jeder seine  
Pflicht tut.

### Dolksversicherung

Die „Volksfürsorge“ ist doch sozialdemokratisch.  
Am 16. Februar fand vor dem Landgericht Berlin die  
Verhandlung in der Klagesache der gewerkschaftlich-ge-  
nossenschaftlichen Versicherung A.-G. „Volksfürsorge“ in  
Hamburg, gegen unsere Gemeinnützige Deutsche Volks-  
versicherung A.-G. in Berlin statt. Als Vertreter der  
Klägerin war der sozialdemokratische Reichstagsabgeord-  
nete und Rechtsanwalt Wolfgang Peine, für die Beklagte  
Rechtsanwalt Ulrich erschienen. Die Klage gründete sich  
darauf, daß die Deutsche Volksversicherung in verschie-  
denen Rundschreiben die Behauptung aufstellte, bei der  
Volksfürsorge würden die Gelder der Versi-  
icherten letzten Endes dazu dienen, der  
Kommunistenpartei einen starken Kriegsschatz zu  
schaffen. Die Klägerin verlangte nach § 11 des  
Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb die Unter-  
sagung der Behauptung und der weiteren Verbreitung  
der betreffenden Flugblätter. Nach längerer Ausfüh-  
rung der beiden Anwälte fällt die Kammer das Urteil:  
Die Klage wird abgewiesen und die Kosten des Verfahrens  
der Klägerin auferlegt. Die Begründung des Urteils  
erfolgt demnächst durch das Gericht.

Danach ist, woran wir niemals gezweifelt haben,  
erwiesen, daß die Gelder der „Volksfürsorge“ für die  
Sozialdemokratie arbeiten. Die Genossen aber werden  
nach wie vor mit dem Schlagwort „neutrale Volks-  
fürsorge“ auch im nichtsozialdemokratischen Lager unau-  
geklärte Leute für ihre Volksversicherung zu ködern  
suchen. Aufgabe unserer Kollegen aber ist es, alle christ-  
lich-nationalen Arbeiter, Angestellten, Handwerker, Ge-  
werbetreibenden und Landwirte über den Charakter der  
roten „Volksfürsorge“ aufzuklären und sie, im Falle sie  
sich oder ihre Kinder versichern lassen wollen, der Ge-

**Die Die Die**  
stelle man heraus Strapazoid. Leicht, sauber, ge-  
schmeidig. Prospekt Nr. 612 p. u. Muster postfrei u. umsonst.  
A. W. Andernach, Beuel am Rhein.

meinnützigen Volkerversicherung des Gesamtverbandes der  
christlichen Gewerkschaften zuzuführen,

### Aus der Deuffchen Gewerk- schaftsbewegung

Im Pflasterergewerbe haben die christlichen Gewer-  
kschaften den Kampf gegen die Monopolbestrebungen des  
sozialdemokratischen Steinleherverbandes energisch auf-  
genommen. Dieser Kampf wird um so mehr Erfolg  
haben, je zahlreicher sich die christlich gesinnten Berufs-  
angehörigen der christlichen Organisation anschließen.  
Bei der am 8. Februar stattgefundenen Gesellenaus-  
schußwahl für den Innungsbezirk Köln erhielten die  
christlichen Pflasterer ein Drittel aller abgegebenen Stim-  
men. Solche Wahlen lassen sich durch Arbeits-  
monopole nicht gewaltsam unterdrücken. Dem muß mit  
allen Mitteln vorgebeugt werden, zumal der sozialistische  
Steinleherverband hinsichtlich revolutionärer und reli-  
gionsfeindlicher Propaganda von keiner anderen „freien“  
Gewerkschaft übertroffen wird. Im Vorlag des Zentral-  
verbandes christlicher Keram- und Steinarbeiter, dem die  
Pflasterer und Steinleher angehören, ist jedoch ein kleines  
Schriftchen erschienen unter dem Titel: „Die Wahrheit  
über das Wesen und den Charakter des Verbandes der  
Steinleher, Pflasterer und Berufsgenossen Deutschlands.“  
Das achtseitige Schriftchen reißt dem sozialdemokratischen  
Verbande unbarmherzig die Neutralitätsmaske vom Ge-  
sicht. Alle Feststellungen und Behauptungen sind durch  
genaue Quellenangaben aus den eigenen Veröffentlichun-  
gen des genannten Verbandes belegt. Das  
Schriftchen kann vom Verlag des Zentralverbandes christ-  
licher Keram- und Steinarbeiter, Köln, Denloerwall 9,  
kostenlos in beliebiger Anzahl bezogen werden.

### Dolkswirtschaftliches und Soziales

Die Rentabilität der Erwerbgesellschaften in  
Preußen. Bei der preussischen Einkommensteuer wird  
zunächst einmal das Einkommen der natürlichen Personen  
der Steuer unterworfen, sodann aber auch mit einer  
gewissen Beschränkung das Einkommen der Erwerb-  
gesellschaften. Die letzteren freilich werden nicht  
mit ihrem Gesamteinkommen zur Steuer herangezogen,  
sondern es bleibt ein gewisser Prozentsatz frei, damit das  
Einkommen der Gesellschaften nicht doppelt besteuert wird.  
Solche Kapitalgesellschaften, die der preussischen Ein-  
kommensteuer unterstanden, gab es nach der neuesten  
Uebersicht über die Ergebnisse der preussischen Steuer-  
veranlagung 1913: 11 610, darunter 233 Aktiengesell-  
schaften. Das Einkommen dieser Gesellschaften beziffert  
sich auf 1304 Millionen Mark, wovon jedoch 313 Millio-  
nen außerhalb Preußens steuerpflichtig waren. Diese  
Gesellschaften brachten dem Staat einschließlic der Zu-  
schläge die respektable Summe von 57½ Millionen Mark  
ein, wovon auf die Aktiengesellschaften allein 37¼ Mil-  
lionen Mark entfielen. Das Geschäftskapital der in Frage  
kommenden Gesellschaften betrug ohne die Rücklagen  
12 Milliarden Mark. Bedenkt man, daß rund 300 Mil-  
lionen Mark des Einkommens dieser Gesellschaften von der  
Steuer freibleiben, weil diese Summe zu Geschäfts-  
erweiterungen, Kapitalrückzahlung usw. benutzt wurden,  
so ergibt sich eine Durchschnittsrente von 12,4 Pro-  
zent — gewiß eine erfreuliche Rentabilität. Der wirt-  
schaftliche Aufschwung kommt darin klar zum Ausdruck.

### Soziale Wahlen

Krankenkassenvertreterwahlen. Die Ausschußwahl  
zur allgemeinen Ortskrankenkasse in Rastatt brachte den  
christlich-nationalen Arbeitern 18 Vertreter und den  
Sozialdemokraten 23 Vertreter.  
Für die Ortskrankenkasse Kirschau i. S. wurden  
5 christlich-nationale und 3 sozialdemokratische Vertreter  
gewählt.  
In Lauter i. S. wurden 8 christlich-nationale und  
12 sozialdemokratische Vertreter zum Ausschuß der all-  
gemeinen Ortskrankenkasse gewählt.  
Eine Ausschußwahl zur Ortskrankenkasse Schwerte  
war ungünstig erklärt worden. Bei der Neuwahl entfielen  
auf die christlichen Arbeiter 11 Vertreter und auf die  
Sozialdemokraten 13.  
Mehr als örtliche Bedeutung kann die am 23. Fe-  
bruar getätigte Ausschußwahl zur Betriebskranken-  
kasse der Firma Krupp in Essen für sich be-  
anspruchen. Der Wahlkampf wurde mit einer beispiel-  
losen Festigkeit geführt. In einem sozialdemokratischen  
Flugblatt wurde die Kundgebung der Kölner  
Bischöflichen Konferenz vollständig abgedruckt als  
Beweis für die „Unterwerfung der christlichen Gewer-  
kschaften unter das Nachtgebot Roms“. Die Geiseln gaben  
am Tage der Wahl noch ein Flugblatt heraus gegen  
die christlichen Gewerkschaften (deren Kandidatenliste die  
Nr. 3 hatte) mit der Parole: „Fort mit der Bisse  
der Arbeiterparasiten (Kardinal Ropp) Nr. 24“

Auf diese Wahltrieb gab die christlich-nationale Arbeiterbewegung bei der Wahl die gebührende Antwort. Es entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 9266 Stimmen und 18 Vertreter, auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften 11395 Stimmen und 20 Vertreter, auf die gelbe Liste 5320 Stimmen und 11 Vertreter. Die Polen brachten mit 682 Stimmen 1 Vertreter durch, während die Kirch-Dunkerscher mit 390 Stimmen leer ausgingen. Gegenüber der letzten Wahl im Dezember 1910 liegt die Stimmzahl der christlichen Arbeiter um 596, die der Gelben um 268, während die sozialdemokratischen Stimmen um 294 zurückgingen. Die christliche Arbeiterbewegung hat somit am besten abgeschnitten. Die Gelben, die insgesamt bei Krupp 9000 Mitglieder zählen wollen, von denen etwa 6500 Wahlberechtigte sind, haben nicht einmal von ihren sämtlichen Mitgliedern die Stimmen erhalten; ein Beweis, wie wenig Vertrauen dieser Richtung entgegengebracht wird.

### Bücherchau

**Die christliche Arbeiterbewegung in Geschichte und Arbeit** dargestellt von Michael Gasteiger, Redakteur des „Arbeiter“ München. (Frankfurter Zeitgemäße Broschüren. Band 33, Heft 5.) Damm i. Westf. 1914. Verlag von Beyer u. Thiemann. Preis 50 Pf.

Eine Broschüre, die gerade im jetzigen Augenblick zur rechten Zeit kommt, und zwar aus der Feder eines Kennermanns.

Die Literatur über die christliche Arbeiterbewegung ist bereits recht stattlich angewachsen. Die grundsätzlichen Diskussionen, die sich insbesondere um das gewerkschaftliche Gebiet gruppierten, haben Freunden und Gegnern der Bewegung manchen Anreiz zu literarischer Behandlung gegeben. Seit langem machte sich aber, nicht zuletzt bei Vereinsleitern und Vertrauenspersonen, in Unterrichtsstellen und Diskussionsabenden wie in zweiten Kreisen der Gebildeten überhaupt der Mangel an einer kurzgefaßten Arbeit fühlbar, die den Kern der Sache zusammenfassend würdigt, welche nach Grundsätzen und Arbeit zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu rechnen sind. Daß der Autor, als Schöpfer des Organes „Arbeiter“ satzungsmäßig Arbeitervereine und durch seine bereits erschienenen Publikationen aus dem Gebiete der Arbeiterbewegung zu dieser Arbeit besonders geeignet war, ist unbestritten. Möge das recht brauchbare und interessante Werk, das zu einer Zeit erscheint, wo der christlichen Arbeiterbewegung nach dem Berliner Arbeiterkongress, dem Kölner Gewerkschaftskongress und dem Reichstages der Hochwürdigsten Bischöfe von Breslau und Paderborn allenthalben ein erhöhtes Interesse entgegengebracht wird, durch seine sachliche Aufmachung und die umfassenden Darlegungen auf knappem Raume viele

Freunde finden und damit das Verständnis für die Ziele und Arbeit der christlichen Arbeiterbewegung und ihrer Bewegung in allen Ständen fördern.

### Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauanfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauanfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

**Altenheim.** Am 26. Februar stürzte auf dem Neubau der Artilleriekaserne unser Kollege, der Zimmerer Watern, ab und zog sich schwere Verletzungen zu, so daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

**Seidewitz.** Am 25. Februar stürzte der Kollege Adam Pfeifer, Kleingladbach, Kreis Bielefeld, vom Neubau eines Kamins in Kreis-Diefenbach. Die Säule hatte eine Höhe von 12 Metern erreicht. Plötzlich hörte der Hilfsarbeiter im Innern der Säule ein eigenartiges Geräusch. Beim Nachsehen fand er den Verunglückten mit schweren Kopfverletzungen am Boden liegend. Der Unglückliche wurde in das Weidenauer Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt. Kollege Pfeifer war Vorsitzender unserer Zählstelle und ein eifriger Förderer unseres Verbandes. Möchte es der Kunst der Ärzte gelingen, den verunglückten Familienvater am Leben zu erhalten.

**M.-Glabach.** Am Freitag, den 27. Februar, verunglückte am Neubau der Reichsbank in M.-Glabach der Zimmerer Kollege August Böttger beim Einschalen einer Decke. Ein herbeigerufener Arzt ordnete die Überführung ins Krankenhaus an. Die Ursachen des Unfalls und der Krankheitszustand des Kollegen liegen sich noch nicht feststellen.

### Briefkasten

**F. W. Paderborn.** Du schreibst uns, die drei von Dir eingegangenen Sammlungsberichte müßten unbedingt in der nächsten Nummer veröffentlicht werden. Das hat sich aber beim besten Willen nicht möglich machen lassen. Eine wahre Sturmflut von Sammlungsberichten ist in den letzten Wochen über uns hereingebrochen. Sie werden alle gebracht, nur geht es nicht auf einmal. Also Geduld!

### Bekanntmachungen

Wer den Aufenthalt des Kollegen Hermann Ostgathe, geboren am 11. Mai 1896, in Vorbeck eingetreteten am 22. September 1912, Suchnummer 4766, kennt, wird gebeten, dieses dem Kollegen Wilhelm Müller, Vorbeck, Kaiserstraße 8, sofort anzugeben.

### An die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft in Gladbeck.

Um einem dringenden Bedürfnisse abzuhelfen, bitten wir einen Logis- und Arbeitsnachweis errichtet, dessen Benutzung wir unseren Mitgliedern das dringendste empfehlen. Derselbe befindet sich unserer Geschäftsstelle in Gladbeck, Bahnhofstr. Geöffnet jeden Werktag von 10-12 Uhr vormittags.

Der Verwaltungsstellenvorstand.  
J. A. Aug. Dreß.

### Achtung!

### Verwaltungsstellen Metz und Driedenhofen i. Lo.

Es diene unseren Kollegen in den Kreisen Metz Driedenhofen zur Kenntnis, daß die Adresse der Geschäftsleitung Joseph Knoblich, Metz-Sablonkirchstraße 15, ist. Alle nach Metz sowie Lothringener Industriegebiet zureisenden Verbandsglieder wollen sich an genannte Adresse wenden.

Die Bezirksleitung.

A. Gillenbrand, Saarbrücken  
St. Johanner Straße 49.

### Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß sich das Bureau vom 16. März ab O. 27, Blumenstraße 10, Telefon Königstadt 10 100, befindet.

Der Vorstand. J. A.: Bergmann

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Joseph Firtle, Nummer 28 431, geboren zu Hofensow 1883, eingetrag. am 10. August 1911, ist gefunden worden. Der Unzeichnete bittet um Angabe des jetzigen Aufenthalts des Kollegen Firtle, damit ihm sein Mitgliedsbuch zugeführt werden kann.

Wilhelm Euler, Dortmund, Westerblichstr. 6

### Sterbetafel.

Unser langjähriger, treuer Kollege und Vertrauensmann Eberhard Bamberg wurde am 4. März bei einer Fabrikreparatur von der Transmission erfaßt und auf der Stelle getötet. Er stand im 45. Lebensjahre. Wir werden sein Andenken dauernd in Ehren halten.

Am 7. März starb unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Verwaltungsstelle Martin Kellermeier (Säger) an der Lungentuberkulose im Alter von 57 Jahren. Er ruhe in Frieden.

Verwaltungsstelle Remmert D.-Pf.

Ehre ihrem Andenken!

**ELEFANTEN**  
kann man spazieren fahren



mit unseren extra starken  
**Handkarrenwagen**  
(Marke Weiler Elefant)  
Unbetroffen in Aus-  
führung und Preis.  
Mehr als 100 000 in täg-  
lichem Gebrauch.  
Verlangen Sie bei Bedarf  
unbedingt Spezial-Preis-  
liste Nr. 831.  
Karl-Ludwig-Str. 10  
Kornelstr. 10, Ostsee

**Licht**  
100000  
aufbewahrt!

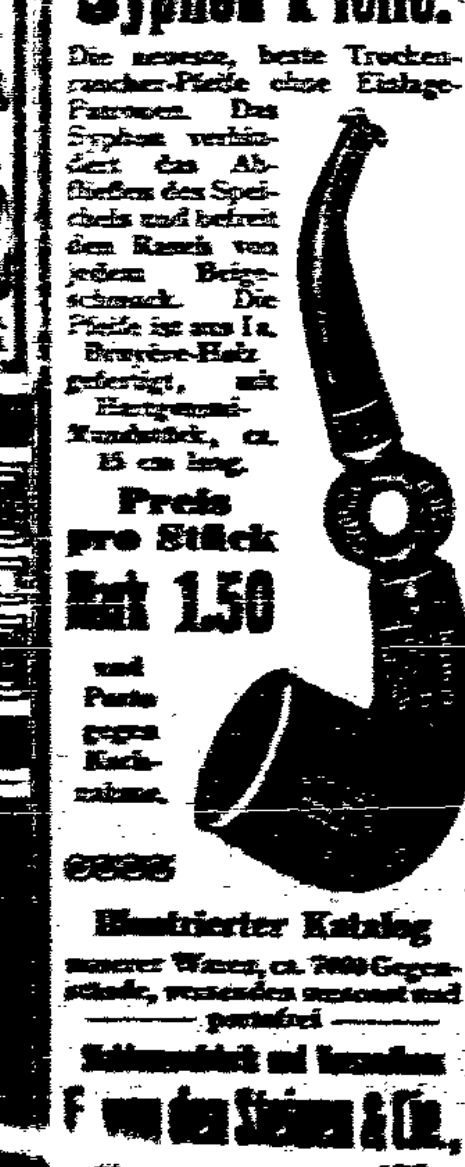


**Ingenieur-Akademie**  
Wismar a. d. Ostsee  
für Maschinen- u. Elektro-Ing.  
- Bau-Ing. und Architekten.

**ERNST HESS**  
Harmonika-Fabrik  
Hauptstadt der Harmonika  
Königsplatz 12, 13



**Syphon-Pfeife.**  
Die neueste, beste Trocken-  
raucher-Pfeife ohne Einlage-  
Pfeifen. Das  
Syphon verhin-  
dert das Ab-  
fließen des Spei-  
chels und befreit  
den Raucher von  
jedem Bege-  
schmack. Die  
Pfeife ist aus 1 a.  
Beryll-Holz  
gefertigt, mit  
Hartgummi-  
Kantel, a.  
B. ca. 10 cm lang.  
Preis  
pro Stück  
Mark 1.50  
und  
Pfeife  
gegen  
Nach-  
nahme.



Illustrierter Katalog  
numerierter Waaren, ca. 7000 Gegen-  
stände, veranschaulicht und  
preislich.

**Wem 2 Aale,**  
reicht, um sich  
Date 14 Jahre Ostsee, Lübeck  
10 Kottbuscher, Reddingen,  
Gelsenkirchen, und noch  
Kette 11 Rücklage, Koch und in  
A. E. 1. Dornen u. Vorp. 245 M.  
E. Kopp, Gelsenkirchen-Alten 12.

**Hand**  
100000  
aufbewahrt!



Die ersten wärmeren Sonnenstrahlen, die alles zu neuem Leben erwecken, locken Scharen froher Wanderer aus den engen Mauern der Stadt hervor. In fröhlicher Gesellschaft zieht man feines Reges oder sucht allein in der Stille der Natur Zuflucht vor der Unrast des Lebens. Stets wird man aber einen Begleiter zu schätzen wissen, der uns die hundertfältigen Schönheiten einer Landschaft erst richtig erkennen hilft, der uns mit künstlerischem Auge zu schauen lehrt, — die photographische Kamera. Die Möglichkeit, besonders reizvolle Aussichten und Stimmungsbilder, wie sie sich beim Wandern auf Schritt und Tritt dem Auge bieten, durch die photographische Platte festzuhalten, verhilft uns noch nach Jahren zu schönen Stunden der Erinnerung, und deshalb wäre es zu wünschen, daß der Amateur-Photographie immer mehr neue Freunde gewonnen würden.

Der Preis einer wirklich brauchbaren Kamera ist nicht so hoch, als daß er nicht auch bei bescheidenen Mitteln erschwinglich wäre, enthält doch der neuen erschienenen Katalog der Firma Jonaß & Co., Berlin N. S. 672, Belle-Alliance-Straße 3, gute Apparate im Preise von 12 M. an, und zwar handelt es sich um Präzisionsapparate renommierter Firmen, wie Graumann, Goltz usw. Durch das System der erleichterten Zahlungsweise machen Jonaß & Co. es jedem möglich, sich einen erstklassigen Apparat anzuschaffen, an dem man dauernde Freude haben kann. Endlich bietet die Firma durch ein Freisanzschreiben für 1914, an dem sich nur Amateur-Photographen beteiligen dürfen, auch den Anfängern Aussicht, einen der angesehensten 99 Preise im Gesamtbetrage von 1500 M. zu erringen. Ueber die Bedingungen gibt der Katalog, der auf Wunsch vollkommen frei angefordert wird, Auskunft. Er enthält auch interessante Abbildungen der im vorigen Jahre prämierten 100 Photographien und hat deshalb für jeden Amateur Interesse.

**Armband-Uhrschnecken**  
WILHELM  
Wenn Sie unsere 100 Künstler-Postkarten verkaufen. Die Postkarten werden wir Ihnen kommissionarisch frei, und wenn Sie sie verkaufen haben, schicken Sie uns M. 2.25, woraus wir Ihnen die Armband-Uhrschnecken-Ausführung zweijährige Garantie, einreichen.

**Stern & Scholz, G. m. b. H., Berlin W 30,**  
Barbarossastr. 27. Abt. 97.

**Kuhkäse**  
Klein  
100 Stück  
schön  
2 1/2 M. frei Haus. 9 Pfd. schön  
11 Stück 4 1/2 M. franko.  
Kopp, Gelsenkirchen-Alten 12.

**Handsägerei**  
Karlshof und Holzmarkt  
Wohnung, Holz, Füllung etc. in  
unserer Anstalt. Katalog gratis.  
11 Stück - 11 Stück 9 Pfd.

**Eine Uhr schenken wir Ihnen**  
wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten im  
Kantonskreis verkaufen! Die Uhr ist prachtvoll  
ziert; für richtigen und verlässlichen Gang einjahr  
Garantie. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen  
Kommission frei, und nach Verkauf senden Sie  
6 Mark, worauf wir Ihnen die Uhr schicken.

**L. Stern Company G. m. b. H., Berlin W**  
Münchener Straße 49, Abt. 5.

Wenn nicht  
in p. Nachh.  
retour!  
Ein. ff. Rollmops 3,50 M. fr.  
Kiste f. Bücklinge 45 Heringe und  
Rauchlachs zuz. 3,45 M. fr.

**Eimer** 85  
bis  
100

**Heringe** In Milchsaft  
halbtar 2,85 M. frei B.  
3,85 M. frei B.  
E. Napp, Altona-Ottensen 13

**Warum**  
beziehen Sie Ihre Stahlwaren etc. nicht direkt von uns? Machen  
einen Versuch. Wir bieten Ihnen große Vorteile!

No. 6 1/2 Rasier-Apparat  
in massiv echt verchromter  
Ausf. mit 12 Doppelpfeil.  
5 Jahre  
Garantie

in fehr. Edel kompl. M. 3.75  
den besten amerik. Appa-  
ratur mindestens gleich.  
Erstzulag. Dtz. Nr. 2.40

Sicherheits-Rasiermesser, 5  
Nr. 3 mit Rolle u. Schaumale  
für jeden Bart pass., p. St. M.

Durchaus reelle Bedienung. Tausende Anerkennungen.  
Reichhalt. Katalog über diese sowie 1000 and. Artikel gratis u. fre.

**Adrian & Stock, Solingen i. Rh.**

### Veranstaltungen- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zählstellen

- Altenessen:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.
- Borbeck:**  
Gemeinschaftliche christliche  
Sonntags-Veranstaltung, alle 14 Tage  
Sonntags-Veranstaltung.
- Caternberg:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.
- Essen-Mitte/Scheid:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.
- Essen-West:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.
- Essen:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.
- Krah-Nord:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.
- Stothausen:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.
- Steele:**  
Heinrich Dimes, Wismarstr. 12, 14  
Sonntags-Veranstaltung.